1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 45 vom 9. November 1984 18. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Geheimnisse

Geißler war vorgeprescht — und wurde sitzengelassen. Das Präsidium der CDU wollte keinen „gläsernen Abgeordneten". Die Kollegen von der FDP warnten vor „überzogenen Ansprüchen". Offensichtlich wollen die Abgeordneten des deutschen Bundestages, zumindest soweit sie zu den Regierungsparteien gehören (bei der SPD gibt es ein paar einsame Vorkämpfer) ihre Bezüge nicht offenlegen.

Da werden zur Begründung regelrechte Kapriolen geschlagen, Dinge angeführt, gegen die man ansonsten zu wettern pflegt oder doch zu mißachten, wie etwa der „Datenschutz". Da wird die Angst ausgesprochen, es würden sich keine Kandidaten mehr finden, wenn sie zugeben müßten, was sie so alles verdienen — neben ihren üppigen Diäten. Was haben die Herren aus den Vorständen von CDU und FDP denn zu verbergen? Was gibt es da alles für „Beraterverträge" mit Konzernen oder „Weiterbeschäftigungen" von Konzernabgeordneten, die nicht ans Tageslicht sollen? Geißlers Absicht war eine andere gewesen — er wollte seinen Plan eines neuen, anders benannten Amnestieanlaufs mit einem Zuckerstückchen versüßen, sein Parteivorstand war da anderer Meinung. Obwohl aus der großkotzig angekündigten „Gegenoffensive" der Betroffenen bisher nichts geworden ist — so weit zurückgehen wollen sie nicht, die drohenden Verluste sind wohl zu groß.

Kohls Einmischung

Geradezu unverschämt wie der feine Herr Kohl sich aufspielt — auch außerhalb des Landes. Seine „Grußadresse" an die griechischen Konservativen war gerade das, was sich bisher alle Regierungschefs verkniffen hatten: eine Einmischung in die politischen Verhältnisse eines anderen Staates. Ein Wahlsieg der Konservativen müsse her, so tönte Kohl, um Griechenland zu retten. In der Tat, wenig freundlich gegenüber einem „Partner" wie der Athener Regierung. Aber großkotzige Worte sind seine Stärke. Das Gerücht allerdings, er hätte sich dazu mit einem Reeder namens Flickostiadis in Verbindung gesetzt, stimmt wohl eher nicht...

Parteien „flicken" keine Vergangenheit

Auch 83: „Spenden"-Lawine für Wendeparteien

Anonyme Spender und Geldwaschanlagen arbeiten ohne Unterbrechung

Die Veröffentlichung der Finanzberichte der Bonner Parteien für das Jahr 1983 macht deutlich, daß es sich bei den gegenwärtigen "Affären" keineswegs um lange zurückliegende Dinge handelt, sondern um höchst aktuelle Vorgänge. Rund 82 Millionen Mark wurden im vergangenen Jahr in die Kassen von CDU/CSU, FDP und SPD „gespendet". Schon diese Veröffentlichungen, normalerweise dazu benutzt, die Sachlage zu verschleiern, enthüllen die politische Stoßrichtung des Geldflusses.



Die Verteilung dieser Spenden ist eindeutig: 40,3 Millionen für die CDU, 17 Millionen für die CSU, 13,4 Millionen für die FDP und 11,7 Millionen für die SPD.

Schon dabei fällt natürlich auf, daß die „kleinen" FDP und CSU wesentlich mehr an Spenden erhielten als die SPD. Zusammen bekamen die Wendeparteien 70,7 Millionen Mark.

Tatsache ist: Besonders die FDP hat einen überdurchschnittlichen Anteil an Spenden für den Bundesvorstand. Der Grund liegt darin, daß diese Partei — viel mehr noch als andere — aufgrund ihrer Mitgliederzahl und ihrer Satzung grundsätzlich auf Spenden angewiesen ist. Denn von den Mitgliedsbeiträgen erhält der Bundesvorstand ein paar tausend Mark im Jahr (!) mehr nicht. **Schlußfolgerung: Die ganze Existenz der FDP ist so unmittelbar wie die keiner anderen Partei an das große Geld von reichen Spendern geknüpft.**

Fortsetzung auf Seite 3

ÖTV-Tarifrunde

Unzureichendes Lohnangebot!

5 % — 110 Mark sind nötig!

Diese Feststellung über den Stand der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst zu treffen ist nötig, um angesichts des Wegfalls der absoluten Nullrunde im öffentlichen Dienst nach Zimmermanns 2,8-Prozent-Angebot aus der letzten Verhandlung nicht zu meinen, damit sei die Forderung der ÖTV und der anderen DGB-Gewerkschaften erfüllt.

Immerhin lautet die Forderung nach wie vor: 5% — Mindestbetrag 110 Mark! Einerseits ist es so, daß diese 2,8 Prozent, rechnet man sie (und die 180 Mark Einmalzahlung) um auf die Laufzeit (dahinein fällt auch die Weihnachtsgeldzahlung, die noch nach dem alten Tarifabschluß gezahlt werden soll) kommt man auf unter 2,5 Prozent Lohnerhöhung. Schaut man sich an, wie schon in den letzten Jahren von den Beschäftigten ein Sonderopfer nach dem andern erpreßt wurde, vergleicht man dieses „Angebot" mit dem IGM- oder Druckabschluß, so ist klar: **Dieses Angebot bedeutet erneut eine Reallohnsenkung für Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst.**

Während in den letzten drei Jahren im Durchschnitt der Tarifabschlüsse eine Reallohnsenkung von etwa 3—4 Prozent das Ergebnis war, beträgt es im Bereich des öffentlichen Dienstes etwa das Doppelte!

Während der eine oder andere hohe Beamte z.B. im Rahmen der Flickspenden sein Einkommen — ähnlich wie viele Politiker — durch spezielle Dienstleistungen aufgebessert bekommen hat, trifft dies sicher für die Masse der Beschäftigten nicht zu.

Fortsetzung auf Seite 5



30 000 in Bonn

Polizeiprovokation bei Nicaragua-Demonstration

Rund 30 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration zur Solidarität mit Nicaragua, die am 3. November in Bonn vom Koordinationsausschuß der Friedensbewegung organisiert worden war. Am Vortag der Wahlen in Nicaragua wurde Solidarität demonstriert gegen die Kriegspläne der Reagan-Regierung.

„Nicaragua droht nicht der Krieg — wir haben schon seit drei Jahren einen Krieg, den wir nicht haben wollen" — so sprach der Botschafter Nicaraguas, Herberto Incer, auf der Abschlußkundgebung im Bonner Hofgarten. Seine Rede wie auch die der Vertreterin der Befreiungsbewegung von El Salvador, Ana Martinez, waren ganz naturgemäß die Höhepunkte dieser Abschlußkundgebung.

Besonders auffällig für jeden, der in den letzten Jahren an Demonstrationen der Friedensbewegung in Bonn teilgenommen hat, war das wahrhaft riesige Polizeiaufgebot. Vor allem der Zug vom Südfriedhog wurde in demonstrativ-provokatorischer Weise von diesen Polizeimassen begleitet, gefilmt und immer wieder auch durchsucht. Es war deutlich, daß es ihnen keineswegs darum ging, Knallkörpe oder sonst etwas zu finden, sondern nur um die Provokation.

Proteste gegen die Politik der Bundesregierung in Mittelameriak durchzogen Demonstration und Kundgebung. Zu Protesten auch gegen die SPD-Politik kam es, als Willy Brandt auf der Abschlußkundgebung sprach.

Deutlich gemacht wurde in Bonn auch, was in den Tagen nach der Wahl in Nicaragua unübersehbar wurde: Daß es dem Imperialismus nicht um Wahlen geht, sondern um den Sturz der Revolutionsregierung. Kein Wahlergebnis, das nicht diesen Inhalt hätte, würde von Reagan und Co. anerkannt. Wenn auch die Wahlteilnahme wie die Stimmenzahl für die Sandinistas der Propaganda der US-Regierung jeden faktischen Boden entzogen haben, setzt sie diese Hetzpropaganda, in der BRD von der bürgerlichen Presse getreulich sekundiert, fort. Deshalb tut Solidarität mit Nicaragua jetzt erst recht not!

Vor der Anhörung im Ausschuß:

Keine Traute, Herr Kohl?

Am Mittwoch, nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe, wird Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages in „Sachen Flick" befragt. In seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender. Die Tonart hat er schon wieder geändert.

Der Mann, der unbedingt eine Spendendebatte im Bundestag will (zu seinen Bedingungen, versteht sich — die Fälle des Reents-Ausschlusses und der Böhme-Ausladung zeigen es), hatte wie sein Kollege Barzel zunächst getönt, vor dem Ausschuß werde er alles klarstellen, was durch die „Hetzkampagne" gegen ihn (gemeint sind Journalisten, die die Tatsachen verbreiten) verdunkelt worden sei.

Zwei Tage vor der Sitzung des Untersuchungsausschusses klang dies schon ganz anders. Nachdem seine mehr verschleiernden als erklärenden Briefe an die Staatsanwaltschaft durch die Presse gingen, will er nun plötzlich seine Aussagen beschränken.

Er werde nur zur Sache sprechen, für die der Ausschuß da sei. Will heißen: Nur direkt zur Steuerbefreiung für Flick (und wie der sich diesen Entschluß gekauft hat — vor allem von Kohls Wendepartner Lambsdorff). Andere Themen — dafür sei der Ausschuß nicht zuständig. Will er Zeit gewinnen? Für neue Wortschöpfungen? Niemand hat da bisher nur und ausschließlich zu dieser einen Flick-Sache gesprochen, der Kanzler will ein Sonderrecht. Hat er es nötig? Beurteilt er die Ergebnisse seiner „Gegenoffensive" so schlecht?

Er hat doch schon Solidarität bekommen. Von seinem Nachfolger als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz Bernhard Vogel (CDU) — aus dem Land, das unter Kohl und seinen Nachfolgern zum Zentrum aller Geldwaschanlagen wurden. Und vom BDI — dessen früherer Chef Fasolt wegen Steuerhinterziehung abtreten mußte.

Die Schlußfolgerung: Wie schon im Bundestag, als Reents sprach, wie im Fernsehen, als „Spiegel-Böhme" ausgeladen wurde (siehe Seite 3) — Kohl hat keine Traute.



Wahlen in Baden-Württemberg

Rätselraten bei der SPD

In der Tat: Vorsicht war am Platz bei der Bewertung der Wahlergebnisse der Kommunal- und Kreistagswahlen in Baden-Württemberg. Je länger die Woche dauerte zeigte sich, daß — zwar innerhalb des absehbaren Rahmens — Verschiebungen eintraten.

So war die CDU offensichtlich in den erste Ergebnissen überbewertet worden. Bei den Kreistagswahlen sank sie immerhin von 48,5 auf 43,8 Prozent der Mandate, ein Rückgang um 4,7 Prozent. Insgesamt also der Verlust eines Zehntels ihrer bisherigen Wähler. Der Rückgang der SPD bei den Kreistagswahlen ist zwar absolut geringer, nämlich um 4,1 auf 23,7 Prozent der Mandate, aber es ist ein Verlust von über einem Siebtel der bisherigen Wähler. Die Verluste der FDP waren auch hier deutlich zu sehen, wenn auch geringer als etwa in Nordrhein-Westfalen, sie fiel von 4,4 auf 3,8 Prozent. Die Grünen, die in drei Kreisen nicht zur Wahl standen, erreichten 8,4 Prozent der Mandate.

Schwerer zu bewerten sind die Gesamtergebnisse der Kommunalwahlen. Dies resultiert zum einen aus der großen Rolle, die die freien Wählervereinigungen (in ihrer großen Mehrheit konservative Zusammenschlüsse) dort spielen, daß in vielen Gemeinden verschiedene Parteien gar nicht antraten. Zum anderen hat das auch mit der immer noch nicht beendeten Auszählung zu tun. Und natürlich auch mit der Tatsache, daß es in Baden-Württemberg die 5%-Klausel bei Kommunalwahlen nicht gibt, sie liegt dort bei nur 2 Prozent.

Tatsächlich war im Lager der Konservativen das Aufatmen hörbar. Zwar wurden die Gesichter im Laufe der Woche dann doch wieder länger, denn zunächst hatte es so ausgesehen als gäbe es fast keine Verluste für die CDU — aber der Einbruch „wg Flick" hat nicht stattgefunden. Und auch die FDP hat zwar in ihrem „Stammland" erneut viel verloren, aber die 2%-Klausel kam ihr doch zugute, sie verschwand nicht aus den Stadt- und Gemeinderäten. Ein Verlust von zusammen über 5 Prozent ließ allerdings die vorschnellen Siegesrufe doch verstummen.

In der Tat dürften bei den Umschichtungen zugunsten „freier Vereinigungen" Kritiken an den Bonner Regierungsparteien wegen der Affären auch eine Rolle gespielt haben.

Das große Rätselraten aber ist nun bei der SPD eingetreten, die bei diesen Wahlen am deutlichsten verloren hat. Die These der letzten Jahre, die Politik Epplers sei „zu links" gewesen, seine Ersetzung durch Ulrich Lang hat sich in der Tat in allen Wahlen dieses Jahres auch nicht ansatzweise ausgezahlt. Ihre Hoffnung, von der Flick-Affäre profitieren zu können, ist ganz offensichtlich an zwei Dingen gescheitert, neben anderen, regionalen Einflüssen: Zum einen, daß sie selbst „dazu gehört", zum Kreis der Spendenempfänger des Großkapitals (was sich bei ihren Anhängern offensichtlich mehr bemerkbar macht, als bei denen der CDU). Zum anderen, daß sie auch nichts unternommen hat, wie in anderen Fragen auch, um hier echt eine Opposition, eine Alternative zu schaffen, sich stattdessen um die Staatserhaltung kümmert.

Davon profitierten einmal mehr die Grünen, die ihren Siegeszug bei Wahlen fortsetzen konnten und in verschiedenen Schwerpunkten ihre Stimmen vervielfachten, unabhängig von den verschiedenen Strömungen, die bei ihnen in Baden-Württemberg ausgeprägt sind. Die DKP konnte ihr Ergebnis von NRW, bei Stimmverlusten dort stärker zu werden, wo sie bereits vertreten war, nicht wiederholen. Sie verlor eins ihrer drei Mandate in Tübingen, eins ihrer zwei in Heidenheim und das im Esslinger Kreistag.

Über das genaue Ergebnis verschiedener Bündnislisten werden wir demnächst noch berichten. Die 534 Stimmen für die MLPD in Stuttgart sind im Rahmen des — leider — „gewohnten" für revolutionäre Kandidatur, für die Genossen der MLPD offensichtlich aber kein Anlaß, damit aufzuhören, sich einen in die Tasche zu lügen.

Sicher ist eine Gesamtbilanz möglich, die sagt, die Stimmegewinne Grüner und Alternativer (Bündnisse) und die Tatsache, daß die FDP faktisch durch die Bank weit hinter den Grünen einkam, machen auch im „Ländle" vielerorts neue Koalitionen möglich. Auf der anderen Seite wäre es vermessen, von einer Niederlage der konservativen Kräfte zu sprechen, wie es etwa bei den Kommunalwahlen in NRW die logische Schlußfolgerung war. Dort war das reformistische Lager eindeutiger Gesamtsieger gewesen. In Baden-Württemberg muß man eher von einem Unentschieden sprechen.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Endloses Theater um Rentensenkung

Weiteres Absinken ist nicht ausgeschlossen . . .

Blüms zynische Lügen und Kohls neueste leere Versprechung

Am Dienstag vergangener Woche beschloß das Bundeskabinett den Entwurf für das Rentenanpassungsgesetz 1985. Entgegen der noch jüngst gemachten Versprechungen die — theoretische — Erhöhung der Renten werde wenigstens höher liegen als im Jahr davor ist der „Steigerungssatz" in der Tat derselbe wie im Vorjahr.



Denn: Nicht um 3,5 Prozent steigen die theoretischen Rentenbezüge, sondern nur um 3,2 Prozent. Ergebnis der Selbsttäuschung von Blüm und Co. — sagen die einen. Andere nennen es eine Lügenpolitik. Von dem gesamten Renteneinkommen werden dann 2 Prozent mehr als im Vorjahr (jetzt insgesamt 5 Prozent der Rente) für die Rentner-Krankenversicherung abgezogen. Dadurch besteht die Rentenerhöhung noch aus ganzen 1,07 Prozent. Bei einer Preissteigerungsrate von 2,1 Prozent (zur Zeit) bedeutet dies, immer in den amtlichen Bonner Zahlen gerechnet, eine abermalige Rentensenkung um 1,03 Prozent.

Nichts von all den Bonner Versprechungen stimmt, nichts hat je gestimmt. Kohl versprach in seiner Regierungserklärung, die Renten sollten genauso steigen wie die Arbeitseinkommen. In der Tat sanken beide in den Jahren seit 1980 im selben Maß, bis auf 1983 als die Renten noch stärker abgesunken sind als Löhne und Gehälter. Für das nächste Jahr läßt sich eine ähnliche Entwicklung bereits wieder absehen. Von Kohls Rentenversprechungen ist ebensoviel zu halten wie von seiner Lehrstellenversprechung — rein gar nichts.

Blüm, der im offenen Widerspruch zu den bekannten Tatsachen auch noch die Stirn hat, zu behaupten, die Renten hätten sich genauso entwickelt wie die Arbeitseinkommen, lehnt sich dabei am weitesten aus dem Fenster.

Mit zynischen Behauptungen verniedlicht er das Problem der Armut bei Rentnern. Angesprochen auf jene Rentner, die Minibezüge von unter 600 Mark haben, erzählte er folgende Mär: Die Hälfte von ihnen lebe ja in Haushalten mit über 2000 Mark Einkommen. Und immerhin 16,2 Prozent in Haushalten mit über 1000 Mark Einkommen, also sei das Problem so groß gar nicht. Natürlich — Sozialfälle wie sein Freund Barzel sind das nicht. Aber „über 1000" durch zwei Personen, und diese Rechnung darf man eigentlich auch Blüm zutrauen, ist auch nicht viel mehrals 600 durch eine Person. Und „bis 2000" durch zwei ist auch kein purer Reichtum, obwohl Norbert Blüm vielleicht auch nur das Doppelte als Taschengeld hat. Abgesehen von dieser zynisch-verlogenen und dummdreisten Rechnung Blüms — eine andere Fragestellung ist die politisch wichtigere. Es geht zum Beispiel darum, ob ein Rentner in der Lage ist, sein Leben mit seinem Einkommen zu bestreiten und nicht auf Hilfe angewiesen zu sein. Dieses Recht bestreitet Blüm den Rentnern rundweg mit solchen Rechnungen.

Politisch begründet wird dieser erneute Rentenklau mit der Blümschen Parole „Rentensicherung geht vor Rentenerhöhung". Soll heißen: Weil die Lage der Rentenkassen so schlecht ist, daß es um ihren Bestand geht, müssen die Renten gesenkt werden, darf es noch nicht einmal sein, daß die beschlossenen Abzüge wenigstens dem äußeren Schein nach, wie es Geißler vorschlug, „sozial gestaffelt" sind.

Erhebt sich die Frage: Wer ist denn Schuld an dieser Entwicklung der Rentenkassen? Die Antwort der bürgerlichen Politiker und Experten ist denkbar einfach und naheliegend: Die Rentner natürlich, wer sonst? Es gibt zu viele davon, und sie bekommen zuviel Geld. Sagt Blüm. Sagt die CDU. Sagt das Großkapital. Nun sorgen sie schon kräftig dafür, daß die Rentenbezüge sinken. Ohne allzu große Maßnahmen kann man wohl auch behaupten, daß es da schon manch einen gibt, der sich überlegt, wie man die Zahl der Rentner senken kann...

Die finanziellen Bestände der Kassen reichen heutzutage für rund einen Monat, Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt sind unumgänglich. Die Renten werden also nicht mehr nur aus den Kassen, sondern auch aus Steuergeldern bezahlt. Blüms Versprechen lautet nun, die Reserven bis 1987 auf etwa 1,7 Monatsbeiträge zu erhöhen. Daß dies alles eigentlich Rentengesetzen widerspricht, kümmert keinen.

Die bürgerliche Lösung für das Problem ist hiermit bereits angedeutet. Einerseits Rentensenkung. Zum zweiten Umschichtung im Sozialhaushalt bei Kürzung seines Gesamtvolumens, also verstärkte Kürzungen in anderen Bereichen, ganz im Gegensatz zu den gegenwärtigen Bonner Behauptungen. Drittens, speziell, Umwälzungen zuungunsten der Arbeitslosenversicherung — weniger Beitrag in diese Kasse, mehr in die Rentenkasse, so lautet Blüms Patent. Wobei Blüm noch nicht einmal so tut, als würde er glauben, die Lage auf dem „Arbeitsmarkt" werde sich bessern. Was damit festgelegt wird, ist eine weitere Kürzung in den Bezügen für die Arbeitslosen in der Zukunft (was hinter dem gewaltigen Trara um „Erhöhung" der Bezüge verborgen wird).

Die wirklichen Alternativen liegen auf der Hand, wenn sie nicht wahrgenommen werden, so ist es ausschließlich eine Frage des Interesses der Bonner Finanzbetreuer aus den Konzernzentralen. Verschiedene soziale Organisationen haben bereits darauf reagiert, indem sie so klar wie selten zuvor forderten, Umschichtungen im Haushalt vorzunehmen, sprich den Rüstungsetat zu kürzen zugunsten der Renten. Was tatsächlich die „einfachste" Lösung wäre, wäre da nicht das Profitinteresse der Konzerne. Die Forderung ist richtig, eine politische Kampagne dafür wäre nötig — nur ging bisher das Kalkül bei jedem Rentenbetrug auf, daß Rentner keine starke Organisation haben.

Und so ist es auch nicht sonderlich unwahrscheinlich, daß eintritt, was verschiedene Berichterstatter bereits mutmaßen: Wenn erst die Berechnungen für 1984 da sind, dann wird diese angebliche Rentenerhöhung Mitte nächsten Jahres noch geringer ausfallen: Weiteres Absinken ist sogar wahrscheinlich.

Mubarak in Bonn

Harte Bedingungen diktiert

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak erhielt auf seiner Reise nach Bonn und Paris harte Bedingungen diktiert. Vor allem Bonn will „Leistung" sehen, für das viele Geld, das — gewinnbringend — nach Ägypten fließt.

Die Summen sind in der Tat gewaltig. Über 3 Milliarden Mark sogenannter Entwicklungshilfe flossen bisher aus Bonn nach Kairo. 600 Millionen Mark haben westdeutsche Kapitalisten in Ägypten investiert, für 1,7 Milliarden Mark im ersten Halbjahr 84 dorthin Waren exportiert. Mubarak führt Ägypten auf dem Weg weiter, auf den es Sadat gebracht hatte. Als offener „Freund" des Westens (und Israels) innerhalb des arabischen Lagers, als Drehscheibe für Kontakte und Verbindungen zu den reaktionären arabischen Regimes und als strategischer Stützpunkt. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Jordanien vor kurzer Zeit zeigte diese Funktion sehr deutlich. Seit dieser Zeit, seit Sadats „Wende zum Westen" ist Ägypten wieder eines der bevorzugten Ziele westdeutscher imperialistischer Bestrebungen. Aber solche „Stützpunkte"sind, wie neben dem Beispiel Israel auch Ägypten zeigt, sehr teuer, da muß manches an erhofften Profiten geopfert werden.

Mubaraks Absicht, die Subventionierung der Grundnahrungsmittel abzuschaffen, scheiterte kürzlich an breiten Protesten und an der Furcht vor den Erfahrungen der anderen nordafrikanischen Staaten mit solchen Maßnahmen in letzter Zeit. Diese Subventionen — deren Hauptnutznießer ohne Zweifel die Reichen sind — belasten die ägyptische Staatskasse sehr stark. Deshalb sind die jetzt in Bonn faktisch gestellten Bedingungen für weitere „Hilfe" auch eindeutig.

Mubaraks Absicht, sein Land in der Energieversorgung auf AKWs umzustellen, kostet Geld (aus Bonn, für KWU?). Weitere Hilfen würden aber nur sinnvoll sein, so die bürgerliche Presse und auch die Bonner Regierung, wenn Mubarak seinerseits endlich Ernst damit macht, seinen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen.

Konkret betrachtet ist dies eine harte Bedingung: Mubarak soll eben das tun, wovor er kürzlich zurückschreckte: Die Subventionen für die Nahrungsmittel abbauen. Und für die Energiepreise auch. Mit dieser Aufgabe wurde er bei seinem Besuch in Bonn ausgestattet, und es wird sich zeigen, ob sein Regime die Kraft hat, dies auch durchzusetzen. Wenn nicht, wird es für ihn von allen Seiten her schwierig. Und was seine Bonner „Herrenausstatter" dann tun, das werden sie wohl kaum mit ihm, sondern weit eher mit Washington besprechen...

Fortsetzung von Seite 1

Auch 83: „Spenden"-Lawine für Wendeparteien

Tatsache ist: Neben einer Großspende der Vereinigung „Politik und Wirtschaft" aus Frankfurt verbucht die FDP — ganz offen, entgegen allen gesetzlichen Bestimmungen — eine Geheimspende von 6 Millionen Mark. **Laut Gesetz hätte die FDP-Schatzmeisterin Adam-Schwaetzer eigentlich die Annahme verweigern müssen.** Das kam am selben Tag heraus, als ausgerechnet FDP-Bangemann kundtat, er glaube nicht an die Käuflichkeit von Politikern. Was insofern stimmt, als die FDP nicht gekauft sondern ausgehalten wird.

Tatsache ist: Die Großspenden an CDU und CSU kamen eben von dieser „Vereinigung für Politik und Wirtschaft" aus Frankfurt (2,79 Millionen Einzelspende an die CDU, das sind alleine rund 7 Prozent der CDU-Gesamtspenden) und von der „Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung" aus München (Mit 3,2 Millionen Hauptspender der CSU). Das sind gerade eben solche Geldwaschanlagen, in die die Konzerne zum Zwecke eigener Steuerersparnis und Förderung ihnen genehmer Politik einzahlen.

Die SPD weist eine Spende von 0,5 Millionen eines solchen Vereins aus Düsseldorf aus.

Offensichtlich haben die Konzernherren Kohls Versprechen, er werde ihre Geschäfte mit einer Amnestie decken, geglaubt, denn der Spendenfluß (pardon: in Kohl-Deutsch: Entreicherung) und Steuerbetrug ging kontinuierlich weiter. Die Vermutung liegt nahe, daß mit diesen Geldmassen, die die Summe vergangener Jahre deutlich übersteigen, insbesondere der verlogene Wahlkampf Kohls und Genschers bezahlt wurde. Jetzt wird auch deutlicher, warum Kohl und seine Mannen erneut mit einem Amnestieplan hausieren gehen.

Längst hat selbst Kohl seine anfänglich vertretene Behauptung, es handele sich um „kleinen Handwerksmeister" fallenlassen. Er, wie auch seine Geldgeber, versuchen jetzt, die ganze Geschichte auf der Schiene „normale Förderung demokratischer Parteien" laufen zu lassen. **Die Zahlen aus dem letzten Jahr, der warme Regen für die Bonner Wendepolitiker, schlägt auch dieser Schutzbehauptung ins Gesicht.**

Die Geldwaschanlagen arbeiten auf Hochtouren, der verlogene Wahlkampf Kohls wurde von den Kapitalisten auf Kosten der Steuerkassen finanziert. Denn die Mitglieder aller solcher „Vereinigungen" das sind die großen Konzerne der jeweiligen Region.

Die Regierung Kohl/Genscher, das beweisen diese Zahlen der Steuerhinterziehung 83 erneut, ist nicht nur eine Regierung im Dienste des Großkapitals, sie ist eine Regierung, die sich das Großkapital zusammengekauft hat.

Hochtrabende BDI-Erklärungen

Rodenstock, der Unbeteiligte?

BDI-Vorsitzender Rolf Rodenstock veröffentlichte in der letzten Woche eine Erklärung seines Verbandes zur „Spendenaffäre". Endlich — so atmeten die bürgerlichen Fachblätter auf. Vorgänge wie im Fall Flick seien eine einmalige Ausnahme, so der BDI.

Die Erklärung unterstreicht, daß der BDI „selbstverständlich" demokratische Parteien unterstütze, daß dies aber rein gar nichts mit Versuchen politischer Einflußnahme zu tun habe.

Solche Nebensächlichkeiten wie, daß Kohls Regierungserklärung vom März 1983 ziemlich identisch mit den zuvor veröffentlichten Positionspapieren des BDI war, werden in der Stellungnahme nicht behandelt. Ebensowenig wie der Spendenschub für die Wendeparteien im letzten Jahr, der ja wohl engstens mit diesen Bundestagswahlen zusammenhängt.

Aber auch auf ganz direkte Weise war — und ist — nicht nur der BDI als Verband, sondern auch der Herr Rodenstock selbst an „der Sache" beteiligt. Er ist Vorstand der Geldwaschanlage „Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung", die 1983 immerhin eine Spende von 3,2 Millionen DM an die CSU gab. Steuerbegünstigte Gelder, die über 15 Prozent des gesamten Spendenaufkommens der CSU im letzten Jahr darstellten.

Da fällt einem auch der Fall seines BDI-Vorgängers Nikolaus Fasolt ein, der ja schließlich höchstselbst wegen Steuerhinterziehung zurücktreten mußte.

Wie man es auch sieht: Die Erklärung des BDI ist nicht nur unglaubwürdig, sondern soll nur verschleiern, wie tief auch der Verband der Kapitalisten in die schmutzigen Geschäfte verwickelt ist. Flick ist kein Einzelfall, höchstens weil er erwischt wurde — aber das sind nun auch schon eine ganze Reihe. Eher zeigt es sich hier, daß die kommunistische Behauptung, der BDI sei sozusagen ein Verband von Flicks, zutrifft ...

Stichwort: Offenlegung

Nun sind plötzlich viele dafür. Genscher ist dafür, Kohl vielleicht auch, der CDU-Bundesvorstand ist aber dagegen. Es handelt sich um die Offenlegung der Bezüge der Bundestagsabgeordneten. Peter Glotz will noch mehr: Auch die Offenlegung der Besitzverhältnisse in der BRD vom Großgrundbesitz bis zu heimlichen Beteiligungen. Alles recht und schön.

Zur Erinnerung: Vor Barzels unheimlich starkem Abgang gab es bereits mehrere solcher Initiativen. Eigentlich noch jedesmal nach einer der zahlreichen Bonner Affären. Sie endeten stets wie das Hornberger Schießen.

Als der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel vor einigen Monaten erneut einen solchen Vorschlag machte, da erntete er nur eines: eisige Ablehnung. Auch von der eigenen Parteispitze.

So ändern sich — nicht die Zeiten, sondern die Saubermänner Bonns. Aber so ganz dann doch nicht. Von wegen „Datenschutz" und der sinkenden Bereitschaft zu kandidieren und anderer nicht einleuchtender Gründe.

Erstes Urteil in Köln

Madaus-Prozeß: Eine Ohrfeige für Kohl

Kiep verweigerte Aussage

Am Montag dieser Woche fiel das Urteil im ersten der zahlreichen anstehenden Steuerhinterziehungsprozesse. Der Kölner Chemiefabrikant John Werner Madaus wurde zur Zahlung von 420000 Mark verurteilt. Ein Urteil — wie auch der gesamte Prozeß — das den Herren in Bonn gar nicht recht sein kann.

Die entscheidenden Punkte des Madaus-Prozesses widerlegen allesamt die Behauptungen der CDU und insbesondere ihres Bundeskanzlers über Bedeutung und Hintergrund der ‚Spendenaffäre".

Madaus ist nicht Flick. So sehr abstrus also ist der große „Einzelfall" Flick gar nicht — Madaus ist immerhin einer der reichsten und mächtigsten rheinischen Industriellen.

Madaus widerlegt Kohl und Co. Sie behaupten alle, „Spenden" seien etwas ganz Normales, Einflußnahme sei dabei nicht vorhanden. Madaus Originalton: „Natürlich wollte ich damit Einfluß auf die CDU nehmen, die Partei, bei der wir unsere Wünsche am besten aufgehoben sahen." Madaus stellt Kohl bloß. Im Prozeß sagt er aus, selbstverständlich habe Kohl ihm versprochen, daß es zu einer Amnestie kommen würde.

Auch bei Madaus ist der Rahmen der finanziellen Einflußnahme viel weiter gesteckt als es der eigentliche Prozeßgegenstand aussagt. Nicht zur Debatte standen die 450000 DM, die Madaus der CDU allein zum Bundestagswahlkampf 1972 „spendete'.

Der Prozeßverlauf läßt erhebliche Zweifel an der „Schärfe" der Bonner Staatsanwaltschaft aufkommen. Ihr Vorschlag war es gewesen, den Prozeß zugunsten eines Strafbefehls abzusetzen. Ihr Strafantrag lautete auf das Taschengeld von 150000 DM für Madaus. Das Schöffengericht ging darüber hinaus, weit hinaus. Daß ein solch „ehrbarer" Mann wie Madaus mit Freunden wie Kohl nicht zu einer Haftstrafe verurteilt wird, wie etwa ein solcher Volksschädling wie ein Schwarzfahrer, das kann in diesem Staat wenig überraschen.

Das Urteil kann die Taktik von Kohl und Co sprengen. Die Verhältnisse seien halt so unklar gewesen, so gibt es der Kanzler, ganz leutselig, stets von sich. Im Gerichtsurteil wird auf die anderslautende Wahrheit verwiesen, daß diese Art der Spendensammlung seit dem Urteil des Verfassungsgerichtes von 1958 in der Tat illegal war. All die schönen Worte eines Walter Scheel halfen dem Freund da erst mal wenig weiter.

So zwiespältig die Begründung des Gerichtes für das Absehen von einer Haftstrafe ist, die Feststellung, daß Madaus kein Einzeltäter sei, ist in der Tat wohl nicht im Sinne der Bonner Regierung.

Noch weniger kann man dies von der Stellungnahme des Staatsanwalts sagen, der Kohl zu Recht Einmischung in ein schwebendes Verfahren vorwarf und dabei dessen Behauptung meinte, die Finanzbehörden hätten die betrügerische Praxis ja in Kauf genommen. Wie der gesamte Prozeßverlauf war diese Stellungnahme eine Niederlage für Kohls Taktieren mit einer neuen Form von „Amnestie" für seine Geldlieferanten. Eine Absage an die Kohlsche Forderung, rückwirkend nach neuen Gesetzen, die man sich schnell gemacht hat, zu urteilen.

Dieser Prozeß war eine Ohrfeige für Kohl und Co, weil darin alles widerlegt wurde, was sie frech behaupten, weil damit deutlich wurde, daß es sich um kriminelle Vereine handelt, die da heimlich gebildet wurden zum Zweck, die eigenen Gesetze zu umgehen. Der kommende Lambsdorff-Prozeß wird dies — sofern nicht hinter den Kulissen eine andere Regie sich durchsetzt — abermals bestätigen müssen.

Daß ausgerechnet CDU-Schatzmeister Leisler Kiep (der mit dem Unterschriften-Automaten) die Aussage verweigerte, deutet ebenfalls nicht auf eine starke Position seiner Partei hin.

Kohls Feigheit

Donnerstagabend letzter Woche, beste Sendezeit: Fernsehdiskussion mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Hatte jemand irgendeine Aufklärung erwartet? Wohl kaum. Heftige Auseinandersetzung schon eher. Aber: Fehlanzeige. Der Vertreter der „Süddeutschen Zeitung" ausgerechnet mußte dem Kanzler-Saubermann als Radikalinski herhalten, eine Schelte, die er sich nun wirklich nicht verdient hat. Weitere Teilnehmer: ein Vertreter des fast schon amtlichen Regierungssenders RIAS Berlin und eine Frau Professor aus dem schwarzen Paderborn, deren schärfste Frage lautete, ob die Regierung nicht ihre Erfolge zu wenig ausschlachte. Klar — in diesem Rahmen der Hofberichterstattung war der Mann von der „SZ" tatsächlich radikal, er benutzte mehrmals das Wort „Flick" in der Debatte ...

Unter der Leitung von Rudolf Mühlfenzl, dem Statthalter der CSU beim Bayerischen Rundfunk, ging so alles den Gang, den sich der Kanzler wünschte. Er brauchte noch nicht einmal, wie im Bundestag, seinen Stücklen, denn ein Reents war nicht da. Und das mit voller Absicht. Das aber kam erst anschließend heraus.

Der Chefredakteur des „Spiegel", Erich Böhme, war ursprünglich zur Teilnahme geladen gewesen. Und wurde wieder ausgeladen. Böhme, dessen Blatt ja nun das war, das den unrühmlichen Abgang des Herrn Barzel wesentlich beschleunigte — und der in persönlichen Kommentaren Kohl scharf angriff — er wäre sicher dem sauberen Kanzler unbequem geworden. So etwas aber weiß der Mann, der nach eigenem Bekunden stets die Debatte sucht — aber selbstverständlich nur, wenn er die Regeln bestimmt — zu verhindern. So wurde es die gewünschte Selbstdarstellung. So konnte Kohl sein Credo loswerden: Politiker, die Geld aus der Wirtschaft bekommen — na und? Klar. Er findet nichts dabei. Er hat ja auch ein reines Gewissen. Trotz aller Tatsachen. Nur um sich wirklich zu stellen, dazu ist er zu feige.





Plakat und Kleber der KPD zu Flick und Kohl. Zu bestellen über den Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526; Preis der Kleber: Stück 50 Pfennig; 10 Stück 3,00 DM, 50 Stück 12,50 DM und 100 Stück 20,00 DM (jeweils zuzüglich Porto)





Protestaktionen der Beschäftigten der Arbeitsämter gab es in der vergangenen Woche in Hamburg und Nürnberg. Die ÖTV-Mitglieder forderten bessere Arbeitsbedingungen, um wenigstens ein Mindestmaß an Hilfe geben zu können. Im Zentrum ihrer Kritik stand dabei BfA-Chef Francke.

Protest in Duisburg

VDM will 650 Arbeitsplätze vernichten

Mittwoch vergangener Woche demonstrierten in Duisburg die Arbeiter und Angestellten des Werkes von Duisburg-Hochfeld gegen die Vernichtung von 650 Arbeitsplätzen.



Über 1000 Menschen kamen da zusammen, neben den direkt Betroffenen auch Kollegen von Krupp, Mannesmann und Thyssen sowie drei Busse voll mit VDMlern aus Unna/Westfalen.

Sie wehrten sich gegen die Pläne des Duos VDM/Mannesmann, die das Ende des Hochfelder Werkes und eine enorm schwere Situation für den ganzen Stadtteil mit sich bringen. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die ganze Belegschaft geschlossen an der Protestaktion teilnahm. Dazu berichtet ein Teilnehmer:

Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration am 31. 10. hielt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Bludau eine sehr gute Rede. Während der 1. Bevollmächtigte der IGM Duisburg, R. Bulitz, hauptsächlich auf die Hilfe durch Jochimsen orientierte und die CDU-Bundesregierung angriff (sicher zu Recht, doch das hilft den Kollegen jetzt auch nichts), zeigte der Kollege Bludau auf, daß die 615 VDM-Kollegen einer hoffnungslosen Zukunft entgegengehen, wenn das Werk dichtgemacht wird und daß ihnen deshalb gar keine andere Wahl bleibt als zu kämpfen. (Die VDM-Kollegen bezweifeln sehr, daß tatsächlich 300 Mann von Mannesmann übernommen würden). Genauso wie die Arbeitgeber sagen, das Werk **muß** aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden, genauso **müssen** die Kollegen sich wehren, etwas anderes bleibt ihnen nicht. Er spielte auf die Werksbesetzung von VDM-Frankfurt an und forderte die Kollegen zum Schluß auf, das zu tun, was getan werden **muß**.

Neues Personalvertretungsgesetz in Hessen

ÖTV-Proteste gegen Frankfurter Magistrat

Verschärft hat sich in der zweiten Oktoberhälfte die Auseinandersetzung um das neue Personalvertretungsgesetz in Hessen. Dieses war ab 1.Oktober mit den Stimmen der SPD und der Grünen im Landtag zum gültigen Landesgesetz geworden. Der Frankfurter Magistrat, mit CDU-Mehrheit, weigerte sich, dieses Gesetz anzuerkennen. Die ÖTV sprach auf einer Personalräteversammlung von der „Diktatur des Magistrats".

Die Sachlage kurz zusammengefaßt: In der Tat beinhaltet das neue Gesetz die Erweiterung der Möglichkeiten der Personalräte an einigen Punkten. Das ist aber auch schon alles.

Die CDU Frankfurt, seit der Stützung der SPD-Landesregierung durch die Grünen schon verschiedentlich Rammbock der CDU-Taktik, sieht in diesem Gesetz „Den Beginn des Rätesystems in der Verwaltung".

Deshalb sei dieses Gesetz gegen das Grundgesetz, man werde Verfassungsbeschwerde einlegen und solange diese Entscheidung läuft, das neue Gesetz auch nicht anerkennen.

Sowohl SPD als auch Grüne beeilen sich demgegenüber festzustellen, daß das neue Gesetz voll im Einklang mit dem Grundgesetz stehe, daß es auf der anderen Seite eben der Frankfurter Magistrat sei, der geltendes Gesetz breche. Mit Räten habe das Ganze nichts zu tun. Das ist zwar vom revolutionären Standpunkt aus gesehen schade, aber es stimmt. Um was es der CDU geht, ist, daß bei Streitigkeiten eine Einigungsstelle entscheiden soll, der neben gewählten Stadträten auch Personalräte angehören. Also, laut CDU-Sprachregelung: Menschen ohne demokratisches Mandat. Nun kann man sicher auch über die Wahlen in Betrieben und Demokratie in den Gewerkschaften einiges anführen. Alles das aber bleibt weit im Schatten gegenüber dem, was sich gegen diese „Träger des demokratischen Mandats" (von Flick? oder von Hoesch?) einwenden läßt.

Der CDU geht es im Klartext nur um eines: Erweiterte Mitbestimmungsrechte, und seien sie noch so minimal, zu verhindern, ja selbst alles, was auch nur danach riechen könnte.

Die ÖTV forderte die Personalräte auf einer Konferenz in der letzten Oktoberwoche dazu auf, strikt nach dem neuen Personalvertretungsgesetz zu arbeiten, kündigte Schulungen für Personalräte dazu an, sowie gewerkschaftliche Aktionen am Tag der beschlossenen Sondersitzung des Stadtrats zum Thema.

Das neue hessische PVG

Das umstrittene neue Personalvertretungsgesetz in Hessen sieht an einigen Punkten erweiterte Rechte für die Personalräte vor.

Diese Punkte sind:

- die umfassende Mitbestimmung bei Einführung und Anwendung von Personalinformationssystemen;
- Mitbestimmungsrechte bei der Festlegung von Verfahren und Methoden von Wirtschaftlichkeit und Organisationsprüfung unter Einführung von technischen Rationalisierungsmaßnahmen, die den Wegfall von Planstellen zur Folge haben.

Der DGB, sowie die Einzelgewerkschaften GEW, ÖTV, DPG und auch die HBV hatten ihre Zustimmung zu dem Gesetz besonders unterstrichen, weil gerade die genannten Neuentwicklungen dazu geführt hatten, daß das bisherige PVG nicht mehr ausreichend für die Interessenvertretung gewesen sei.

RFFU-Protest

Konzern-Zensur beim NDR

Die Mitgliederversammlung der Rundfunk-Fernseh-Film Union beim Norddeutschen Rundfunk protestierte beim Intendanten des NDR, Räuker, gegen das Wirken Ralf Recks, des stellvertretenden Direktors des NDR-Landesfunkhauses.

Grund für den Protest: Die seit langem bestehenden besonderen Beziehungen des Herrn Reck zum Boehringer Konzern und dessen berüchtigter Hamburger Giftküche.

Seit 1981, so wurde jetzt aus Akten bekannt, bestanden diese Beziehungen. Damals notierte der Hamburger Boehringer Chef Krum über ein Gespräch mit Reck, der gerade begonnen hatte: „... ist offensichtlich Anfang 1981 nach Hamburg versetzt worden als Gegengewicht zu linken Redaktionskreisen. Wir können davon ausgehen, daß Dr. Reck die politische wie sachliche Thematik genauso sieht wie wir."

Aktenkundig sind auch zwei ganz konkrete Eingriffe des Dr. Reck zugunsten Boehringers. Am 5.3.82 sorgte er dafür, daß ein geplanter Film im Regionfernsehen „korrigiert" wurde. Herr Krums Beurteilung der Sendung nach Recks Eingriff: „Die Aussendung ergab ein relativ gemäßigtes Bild." Und im April 83, als Boehringer längst gefordert hatte, überhaupt nicht mehr erwähnt zu werden, verhinderte Reck die Ausstrahlung eines Interviews mit Senator Curilla.

Der Protest gegen diesen feinen Herrn ist ohne Zweifel gerechtfertigt. Die RFFU-Mitglieder forderten weiter seine Suspendierung bis zur Klärung der Vorfälle. Ob allerdings Intendant Räuker, dessen eigene Position ja nun bekannt ist, diese besonders segensreiche Zusammenarbeit mit dem Boehringer Konzern für wichtig findet, sei dahingestellt — wohl eher wird er sie für richtig finden.

Daß sich die Gewerkschaftsorganisation dieser Frage annimmt und Signale setzt, ist ohne Zweifel verdienstvoll. Für alle die, die heute so tun als wären die öffentlich-rechtlichen Anstalten im heutigen Zustand die Alternative zum Privatfunk der Konzerne, wäre dies eigentlich noch mehr Grund, ins Nachdenken zu kommen.

Presseinformation aus Hamburg (29.10.84)

Jungheinrich wirft „Ballast" ab

Unter der Überschrift „So geht Jungheinrich mit Ballast um" wurde von Belegschaftsvertretern des Gabelstaplerkonzerns die folgende Presseinformation versandt. Die Leitung des Konzerns hat sich daran gemacht, nachträglich Sozialplan und Interessenausgleich zu Fall zu bringen. Im folgenden der Text der Information ungekürzt:

Der Jungheinrich Konzern hat an Thyssen den Bereich der Regalproduktion „Delta" und „Hubertus" zum 1.12.1984 verkauft. Thyssen übernimmt die Produktion, nicht aber die Menschen.

Im Juli 1984 hat der Jungheinrich-Konzernchef Rosenkranz die Streikaktionen der Kollegen der Firma Jungheinrich Lagertechnik (JLT) in der Presse als unnötig und abstrus bezeichnet. Jungheinrich habe im Rahmen seiner Marktstrategie nur „Ballast" abgeworfen, kein Mitarbeiter verliere seinen Arbeitsplatz, durch den Sozialplan sei alles für die 97 Mitarbeiter zum Guten geregelt.

Nun will die Konzernleitung den Interessenausgleich und den Sozialplan nicht einhalten und nachträglich kippen. Der JLT-Betriebsrat mußte den Anwalt Jens Gäbert einschalten, um die Rechte der Kollegen zu wahren.

Die Taktik des Konzerns ist: Einzelvertraglich den Kollegen wieder wegzunehmen, was kollektiv-rechtlich ihnen zusteht.

Der abgeschlossene Interessenausgleich und Sozialplan steht unter der Voraussetzung des § 613 a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB): *„Geht ein Betrieb oder Betriebsteil durch Rechtsgeschäft auf einen anderen Inhaber über, so tritt dieser in die Rechte und Pflichten aus den im Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeitsverhältnisses ein. Sind diese Rechte und Pflichten durch Rechtsnormen eines Tarifvertrages oder durch eine Betriebsvereinbarung geregelt, so werden sie Inhalt des Arbeitsverhältnisses zwischen dem neuen Inhaber und dem Arbeitnehmer und dürfen nicht vor Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt des Übergangs zum Nachteil des Arbeitnehmers geändert werden ..."*

Das heißt: Ein Jahr lang müßte Jungheinrich den Kollegen den bisherigen Lohnstandard und einen gleichwertigen Arbeitsplatz garantieren!

Der Sozialplan sieht materiell so aus: Die Kolleginnen und Kollegen, die übernommen werden sollen, können ein Jahr lang wählen zwischen dem angebotenen Arbeitsplatz und einer Abfindung. Der übernommene Kollege hat 18 Monate Kündigungsschutz und mit ihm gleichzeitig die gesamte Abteilung, in die er in einer anderen Jungheinrich-Tochter übernommen wird. Die Abfindungssummen belaufen sich auf ca. 30000,— DM bis 80000,— DM, je nach Firmenzugehörigkeit. Der Gesamtwert beläuft sich auf ca. 3,5 Millionen DM.

Gelingt es der Konzernleitung, den Interessenausgleich und den Sozialplan zu kippen, indem sie die Kolleginnen und Kollegen zwingen, einzeln neue Arbeitsverträge zu unterschreiben, verzichten diese damit auf wesentliche Teile ihres sozialen und arbeitsrechtlichen Besitzstandes, wie folgende Beispiele bereits zeigen:

Ein Angestellter hatte bisher 3800,— DM als Bezüge. Dies setzte sich zusammen aus 3200 Grundgehalt plus 600,— DM Jungheinrich-Zulage. Künftig soll sein Gehalt wie folgt aussehen: 2600,— DM plus 1200,— DM Zulage. Man muß dazu wissen: Bei Jungheinrich wird die Vertragszulage tariflich nie erhöht. In der Tendenz wird das Gehalt des Kollegen sinken.

Ähnlich läuft es bei einem gewerblichen Kollegen Bisher hatte er Lohngruppe 8, er soll künftig Lohngruppe 5 haben. Dies ist obendrein eine deutliche Minderung seiner Qualifikation. Er wird z.B. nie wieder Vorarbeiter werden.

Eine Kollegin sollte als Kantinenfrau übernommen werden. Ihrer Qualifikation nach einer Umschulung hätte es entsprochen, Sachbearbeiterin mit Fremdsprachen am Bildschirmtextsystem BITSY zu werden.

Der türkischen Witwe eines Betriebsratsmitglieds, das nach Abschluß der Vereinbarung in der Türkei während eines Urlaubs starb, verweigert Jungheinrich die Auszahlung der Abfindungssumme.

Laut Vereinbarung sollen die Kollegen die Firmenwohnungen behalten dürfen. Das Wohnungsdarlehen soll laut Sozialplan nicht zurückgefordert werden. Jetzt fordert einzelvertraglich die Firma Wohnungsdarlehen zurück oder verlangt die Kündigung der Werkswohnung.

Aber auch die Zusage der Konzernleitung im Interessenausgleich und in der Öffentlichkeit, keiner verliere seinen Arbeitsplatz, stimmt nicht: In die Arbeitsverträge der Kolleginnen und Kollegen von Junheinrich Lagertechnik soll die Muttergesellschaft, die Jungheinrich-Unternehmensverwaltung, einsteigen. Diese wiederum gibt die Mitarbeiter an die verschiedenen Jungheinrich-Töchter weiter. Das alles ist so im Interessenausgleich geregelt.

Aber nur für 69 Kollegen gab der Konzern eine Arbeitsplatzzusage. Dennoch sind mittlerweile 31 Kolleginnen und Kollegen durch Kündigung oder Auflösungsverträge vom Hof.

Und immer noch gibt es drei Kollegen, die bis heute keinen neuen Arbeitsplatz in dem Konzern von 2400 Mitarbeitern angeboten bekommen haben, obwohl eine Übernahme in einer Vereinbarung mit dem Konzernbetriebsrat nochmals ausdrücklich geregelt ist.

Die drei Kollegen, die nicht übernommen werden sollen, sind:

Ein Kollege, der 18 Jahre in der Firma geschuftet hat und heute mit 53 Jahren wohl zu alt ist.

Ein Kollege, der schwer krank zur Zeit im Krankenhaus liegt.

Und der Betriebsratsvorsitzende Ralf Stockhusen.

Arbeitszeitverkürzung auch im öffentlichen Dienst nötig!

Am Donnerstag — nach Redaktionsschluß dieser Nummer des Roten Morgen — hat die vierte Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst stattgefunden. Nach allem, was im Vorfeld zu hören war, ist davon auszugehen, daß, wenn überhaupt, höchstens ein völlig unzureichendes Angebot bezüglich einer Öffnung des Vorruhestandes von Zimmermann in Aussicht gestellt wurde.

Die Äußerung Stoltenbergs aber auch anderer Politiker der Wendeparteien im Vorfeld dieser Runde waren eindeutig: Arbeitszeitverkürzung in der von der ÖTV geforderten Form — 10 freie Tage — und gar in diesem Umfang soll es auf keinen Fall geben.

Dabei wird versucht, die übrige Bevölkerung gegen die gerechten Forderungen zu mobilisieren, indem man ankündigt, auf keinen Fall Neueinstellungen durchzuführen, sondern dann eben weniger Stunden Öffnungszeiten der Ämter etc. für den Publikumsverkehr durchgeführt würden.

Dabei sprechen die Tatsachen der letzten Jahre schon eine deutliche Sprache darüber, wer für die Einschränkung der öffentlichen Leistungen und den Sozialabbau dort zuständig und verantwortlich ist:

- während den Unternehmern zig Milliarden durch die Kürzung der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer in den Rachen geworfen wurden, verteuerten die Gemeinden systematisch die Dienstleistungen un und verkürzten die Benutzungszeiten von Bädern usw;
- während immer höhere Milliardensummen in die Rüstung flossen, sank z.B. 1983 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 0,4 Prozent insgesamt;
- gleichzeitig stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in den letzten Jahren enorm an — von 1980 14 Prozent auf 1983 15,5 Prozent aller Beschäftigten — dahinter verbergen sich insbesondere viele Verträge mit verkürzter Arbeitszeit, die denen aufgepreßt wurden, die aus der Ausbildung übernommen wurden;
- verstärkte Rationalisierung durch den massiven Einsatz von EDV-Anlagen steht in allen Verwaltungsbereichen vor der Tür — jedoch nicht um die notwendigen Ausbauten im sozialen, kulturellen, erzieherischen und pflegerischen Bereich zu verbessern, sondern um durch massive Rationalisierung „Kosten" sprich Personal zu sparen.

Kurz gesagt: Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst tut not!

Auch unter einem anderen Gesichtspunkt ist diese Frage wichtig. Während es im Verlaufe der 60er und 70er Jahre gelang, die Lage der Beschäftigten in diesem Bereich der allgemeinen Lage der Arbeiterklasse anzupassen, versucht natürlich die Wenderegierung in Bonn ihr Konzept der Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung, ihre Teilung in verschiedene Schichten und völlig unterschiedliche Arbeitsbedingungen gerade hier durchzusetzen. So ist es auch im Interesse der abhängig Beschäftigten insgesamt, diesen Versuch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich zurückzuweisen.

Bisher bleibt allerdings gerade auf diesem Gebiet Verschiedenes kritisch anzumerken.

Nachdem sich die öffentlichen Unternehmer nicht um einen Millimeter in der Arbeitszeitfrage bewegt haben, ist es unbedingt notwendig, den gewerkschaftlichen Kampf zu entfalten. Ohne die sicher vorhandenen Probleme in bezug auf den starken Einfluß reaktionärer bzw. rückschrittlicher Positionen unter den Beschäftigten zu verkennen, muß sich der Hauptvorstand der ÖTV natürlich fragen lassen, wie ernst er es damit meint, daß zu zwei Forderungen auch zwei Angebote gehören? Gerade die guten Mobilisierungserfolge in der letzten Tarifrunde müssen jetzt genutzt und von den klassenkämpferischen Kräften dahin entwickelt werden, Druck von unten zu machen.

Wenn der stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft ankündigt, daß nach der Verhandlung am 8.11. Taten folgen müssen, so steht die Aufgabe der Mobilisierung und Durchführung solcher Aktionen, wie Warnstreiks und Kundgebungen während der Arbeitszeit.

Gerade angesichts der durch die Flickenthüllungen schwachen politischen und moralischen Positionen der Wenderegierung sind sowohl unter den Betroffenen wie insgesamt in der Bevölkerung die Voraussetzungen besser denn je, auch die Arbeitszeitverkürzung an dieser Front durchzusetzen. Und schließlich: Was für die Seehäfenbetriebe abgeschlossen wurde — 9 freie Tage für alle — ist die unterste Marke auch für alle anderen im öffentlichen Dienst — dies dem Hauptvorstand durch Aktionen und Resolutionen deutlich zu machen, ist eine notwendige Aufgabe für alle Gewerkschafter in diesem Bereich!

Unzureichendes Lohnangebot!

Fortsetzung von Seite 1

Während in der Industrie 1982 das Durchschnittseinkommen eines männlichen Arbeiters bei 2790 Mark im Monat lag, verdiente der männliche Arbeiter im öffentlichen Dienst im selben Jahr nur 2680 Mark im Durchschnitt.

Vergleicht man den Durchschnitt der Angestellten (männlich) in der Industrie mit dem Durchschnitt der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, ergibt sich ein ähnliches Verhältnis: Industrie in 82 3777 Mark, öffentlicher Dienst 3682 Mark.

Die beiden folgenden Tabellen über die Entwicklung der Löhne seit 1970 zeigt dies noch einmal sehr deutlich. Weiß man schließlich, daß 72 Prozent der Angestellten und 46 Prozent der Beamten dem unteren und mittleren Dienst angehören, wird deutlich, welche besondere Rolle bei den Lohnverhandlungen die Durchsetzung des Mindestbeitrages hat — sie bedeutet die einzige Möglichkeit, eine Reallohnsenkung für breite Teile dieser Schichten zu verhindern.

Da nicht davon auszugehen ist, daß Zimmermann als Verhandlungsführer am Donnerstag dieser Woche ein erweitertes Lohnangebot vorlegen wird, ist dringend nötig, daß vom ÖTV-Vorstand von unten klargemacht wird, daß die 110 Mark Mindestbetragsforderung voll durchgesetzt werden muß. Das heißt auf der anderen Seite, daß dafür auch in den betroffenen Bereichen nach wie vor zu mobilisieren ist.

Tarifliche Stundenlöhne
im öffentlichen Dienst und im privaten Sektor

		1970	1975	1976	1983
Gebietskörperschaften	m	49,1	96,1	100	134,3
	w	47,6	95,8	100	134,6
	z	48,8	96,1	100	134,4
Bundesbahn	m	49,4	96,3	100	134,2
	w	48,8	96,2	100	134,4
	z	49,4	96,3	100	134,2
Bundespost	m	51,1	96,3	100	134,1
	w	50,5	96,2	100	134,3
	z	51,0	96,3	100	134,2
Produzierendes Gewerbe*)	m	58,2	94,6	100	145,4
	w	54,9	94,4	100	143,1
	z	57,7	94,6	100	145,1

*) Einschließlich Hoch- und Tiefbau, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
Quelle: Fachserie 16, Reihe 4.3 Index der Tariflöhne und -gehälter (Okt. 1983)

Tarifliche Monatsgehälter
im öffentlichen Dienst und im privaten Sektor

		1970	1975	1976	1983
Gebietskörperschaften	m	63,0	96,6	100	134,1
	w	62,3	96,6	100	134,0
	z	62,7	96,6	100	134,0
Bundesbahn	m	62,2	96,6	100	134,0
	w	61,5	96,5	100	133,9
	z	61,9	96,5	100	134,0
Bundespost	m	62,5	96,4	100	134,1
	w	61,5	96,6	100	134,0
	z	61,8	96,5	100	134,0
Produzierendes Gewerbe*)	m	58,6	94,6	100	142,6
	w	58,0	94,5	100	143,5
	z	58,4	94,6	100	142,9

*) Einschließlich Hoch- und Tiefbau, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
Quelle: Fachserie 16, Reihe 4.3 Index der Tariflöhne und -gehälter (Okt. 1983)

Graetz/Bochum:

38,5 Stunden für alle

Die 2200 Beschäftigten der Firma Graetz in Bochum werden ab 1.4.1985 38,5 Stunden in der Woche arbeiten. Diese Wochenarbeitszeit gilt für alle Belegschaftsmitglieder. Zu einer Spaltung der Belegschaft in verschiedene Arbeitszeitgruppen, die der Tarifvertrag nicht ausschließt, kommt es bei Graetz nicht.

Ab 1. April nächsten Jahres werden die Kolleginnen und Kollegen von Graetz also täglich 18 Minuten weniger arbeiten. Lediglich an den letzten 77 Arbeitstagen im Jahr werden weiterhin 8 Stunden täglich gearbeitet. Diese Mehrarbeit wird durch freie Tage zwischen Weihnachten und Neujahr ausgeglichen.

Natürlich liegt hier grundsätzlich ein Element der kapazitätsorientierten Flexibilisierung vor, denn die längere Arbeitszeit fällt nicht zufällig auf die Hauptsaison der Farbfernsehgeräte-Produktion. Nur wurde bisher bei Graetz die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr auch schon durch Überstunden und Samstagsarbeit im Herbst vorgearbeitet. Insofern stellt die neue Regelung auch unter diesem Gesichtspunkt gegenüber dem bisherigen Zustand eher eine Verbesserung dar.

Bei Graetz arbeiten rund 75 Prozent der Beschäftigten im Akkord. Der Betriebsrat geht davon aus, daß wegen der festen Vorgabezeiten die 18 Minuten nicht ohne weiteres durch Leistungsverdichtung wirkungslos gemacht werden können. Betriebsratsvorsitzende Waltrud Opalka: „Das ergibt ein einfaches Rechenbeispiel, das sich mit einem Dreisatz bewältigen läßt: Bleibt es bei der gegenwärtigen Produktionsmenge und der vereinbarten Arbeitszeitverkürzung für alle um 18 Minuten pro Schicht. müssen auf Dauer 50 bis 70 Arbeitsplätze geschaffen werden."

Bleibt zu hoffen, daß die Geschäftsleitung von Graetz die Dreisatz-Rechnung beherrscht.

Der Betriebsrat hat in den Verhandlungen mit der Werksleitung unter anderem auch darauf hingewiesen, daß ein Großteil der Belegschaft mit insgesamt 32 Werksbuslinien in die Firma kommen würde und daß bei unterschiedlicher Arbeitszeitregelung für bestimmte Belegschaftsteile diese Werksbuslinien entsprechend häufiger verkehren müßten.

Waltrud Opalka hat erklärt, daß der Betriebsrat insgesamt mit der Regelung zufrieden ist. In der Belegschaft gab es zwar auch Befürworterinnen dafür, die Arbeitszeitverkürzung auf den Freitag zu konzentrieren, aber insgesamt wird die Betriebsvereinbarung in der Belegschaft wohl positiv aufgenommen.

Betriebsrat und VK-Leitung der Klöckner-Hütte

Gemeinsam handeln!

Mit folgender Erklärung vom 31.10. wenden sich der Betriebsrat und die Leitung des Vertrauenskörpers der Bremer Klöckner-Hütte an den Vorstand, die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen der IG Metall sowie an die Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen der Eisen- und Stahlindustrie:

Mit der Großfusion von Klöckner und Krupp unter beherrschender Beteiligung von CRA (einer Tochtergesellschaft des Rohstoffmultis Rio Tinto-Zinc) hat eine neue Runde der Arbeitsplatzvernichtung in der deutschen und europäischen Stahlindustrie eingeläutet.

Im zehnten Jahr der Stahlkrise, nachdem bereits über 130000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, droht allen Belegschaften weiterer Arbeitsplatzabbau, drohen weitere Angriffe auf soziale Leistungen und Löhne.

Die Unternehmensvorständen versuchen den Kollegen sowohl bei Klöckner als auch bei Krupp einzureden, daß die Arbeitsplatzvernichtung in den jeweils „Anderen" betreffen. Wir wissen, daß diese Erklärungen nur dazu dienen, Belegschaften und Betriebsräte in Sicherheit zu wiegen. Die mit sozialen Erpressungen verbundenen Arbeitsplatzvernichtungen in Peine, Salzgitter, im Saarland, bei Hoesch, Klöckner, Krupp, Thyssen usw. aber haben uns bereits in den vergangenen Jahren bewiesen, daß die Kapitaleigner der Stahlkonzerne keine Politik betreiben, die die Lebensinteressen der Belegschaften sichern kann.

Durch die sich aus dieser Fusion ergebenden Rationalisierungsmöglichkeiten wird ein unmittelbarer Druck auf alle anderen Stahlkonzerne ausgeübt. Deren Vorstände werden den Belegschaften neue Abbaukonzepte vorlegen und dies mit der Stärke des neuen Konkurrenten begründen. Die Kollegen der Georgsmarienhütte haben bereits die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze erkannt und in einer Demonstration von über 10000 Kolleginnen und Kollegen, ihren Familien und Bewohnern der Region gegen eine drohende Stillegung protestiert.

Die Vernichtung weiterer Standorte droht! Zusätzlich bedeuten die ab 1988 geplanten Kokskohle-Importe durch CRA weiteres Zechensterben bei uns. Mit der Beteiligung des Rohstoffmultis Rio Tinto-Zinc bekommt die Kapitalkonzentration eine andere Qualität:

Konzerne wie dieser investieren nicht, wenn nicht die Aussicht auf gesicherte Profite besteht. Dieses Unternehmen, das im vergangenen Jahr weltweit ca. 2,8 Mrd. Mark Gewinne gemacht hat, will auch hier Gewinne sehen. Mit dem Kauf der Duisburger Kupferhütte 1978 und dem Totalschließung 1981 hat dieser Konzern vorgeführt, wie er seine Interessen durchsetzt: Alles, was im Wege steht, wird beseite geräumt.

Die Aufsichtsräte bei Klöckner und Krupp werden am 12.12.1984 ihre Entscheidung treffen. Von den Unternehmensvorständen wird bereits heute der Versuch gemacht, die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten in ihrer Strategie einzubeziehen und sie an die Kapitalinteressen zu binden.

Dem müssen alle Gewerkschafter in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie entgegentreten. Wir müssen eine gemeinsame, gewerkschaftspolitische Alternative entgegensetzen.

Wir fordern:

- Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze an allen Standorten
- Beschäftigungsgarantien bei Vergabe von öffentlichen Geldern
- Keine weitere Einschränkung und Aushöhlung der Montanmitbestimmung.

Eine Fusion, die diese Garantien nicht gibt, muß von den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten abgelehnt werden. Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat im letzten Jahr die Forderung der Vergesellschaftung der Stahlindustrie als Antwort auf die Politik der Unternehmer beschlossen. Diese Forderung muß unsere politische Leitlinie sein und von der IG Metall offensiv in der Öffentlichkeit vertreten wrden. Die betrieblichen Funktionäre dürfen mit ihren Entscheidungen nicht alleine gelassen werden. Wir fordern daher den Vorstand der IG Metall auf, umgehend — also noch vor der Aufsichtsratssitzung — eine Stahlkonferenz aller Betriebsräte und Vertrauensleutekörperleitungen einzuberufen. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen, alle gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenorgane in der Eisen- und Stahlindustrie auf, diese Forderung zu unterstützen und gemeinsam zu handeln.

IGM-Vertrauenskörper
Betriebsrat

Rio Tinto Zinc

Bei der geplanten Fusion von Klöckner wirkt als dritter im Bunde der australische Rohstoffkonzern Conzinc Riotinto of Australia (CRA) mit. Bereits seit 1981 arbeitet CRA mit Klöckner zusammen. 1983 stieg CRA mit 50 Prozent in die Stahlforschungs- und Stahltechnik-Ingenieurfirma der Klöckner-Werke ein. CRA hat großes Interesse an der dort entwickelten modernen Stahltechnologie. Sie soll es erlauben, am Förderort das Erz auf bis zu 97 Prozent Eisengehalt aufzubereiten. Damit ist denkbar, daß langfristig CRA kein Erz mehr in die Bundesrepublik verschifft, sonder aufbereitete Pellets, die direkt in den Stahlwerken verarbeitet werden können. Hochöfen in den westdeutschen Betrieben des neuen Konzerns würden damit überflüssig.

Bereits jetzt liefert CRA von ihrer westaustralischen Hamersley-Mine aus jährlich 2 Millionen Tonnen Eisenerz an Krupp und Klöckner. CRA rechnet damit, diese Menge durch die Beteiligung an der neuen Stahlgesellschaft auf 3 bis 4 Millionen Tonnen jährlich erhöhen zu können. Möglicherweise soll später auch australische Kohle geliefert werden, was Folgen für den Absatz der Ruhrkohle hätte.

CRA ist eine Tochter der Rio Tinto Zinc (52,8% Beteiligung). RTZ ist ein weltumspannender Konzern, der Rohstoffe in zahlreichen Ländern der Erde ausbeutet (Erz, Kohle, Bauxit, Uran u.a.)

1983 rangierte Rio Tinto unter den größten Multis außerhalb der USA an 46. Stelle. Angeblich steht der Konzern unter maßgeblichem Einfluß der Rothschild-Gruppe.

Der Konzernumsatz betrug 1983: 4869,3 Millionen britische Pfund. 1978 erwarb der Konzern die Duisburger Kupferhütte, um sie 1981 kurz vor Weihnachten dichtzumachen.

Rio Tinto Zinc ist maßgeblich beteiligt an der Rössing-Mine in Namibia, die einen erheblichen Teil des westlichen Uranbedarfs liefert. Wahrscheinlich ist auch die westdeutsche Urangesellschaft (zu 66 Prozent Eigentum des Bundes) an der Rössing-Mine ebenso mit knapp 26 Prozent wie Rio Tinto beteiligt.

Rio Tinto verstößt damit, wie höchstwahrscheinlich auch die Bundesregierung, offen gegen die Namibia-Resolution, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 13. Dezember 1974 verabschiedet wurde. Darin heißt es:

„daß 1. keine natürliche oder juristische Person nach irgendwelchen natürlichen Reichtümern, ob Tiere oder Mineralien, die vom Territorium Namibias stammen, suchen, prospektieren, sie nehmen, abbauen, verarbeiten, verbrauchen, verkaufen, exportieren oder verteilen darf, ohne die Zustimmung und Erlaubnis des Namibia-Rates der Vereinten Nationen ..."

Über die Arbeitsbedingungen in der Rössing-Mine, in der neben Rio Tinto auch die bundesdeutsche Urangesellschaft ca. 200 Millionen Mark investiert haben soll, heißt es in einer vor allem an die britische Arbeiterschaft gerichteten Erklärung der Minenarbeiter vom Dezember 1979:

„Wir müssen draußen in der glühenden Hitze arbeiten und sind dem Uranstaub der Zerkleinerungsmühlen und dem ständigen Cyclonenwind der Wüste ausgesetzt. (...) Unsere Körper sind so mit Staub bedeckt, daß man sie kaum erkennen kann. Wir atmen den Uranstaub in unsere Lungen ein, viel von uns leiden bereits an den Auswirkungen. Wir erhalten keine Medikamente und es gibt kein Krankenhaus für unsere Behandlung. Unsere Körper werden rissig und sind wund. Das nächste Krankenhaus bei Swakpmund liegt 130 km hin und zurück entfernt. (...) Wir leben mit acht bis zehn Personen in einem Raum. (...) Es gibt keine Privatsphäre und es ist verboten, über unsere Interessen zu sprechen."

Welche Rolle spielen die faschistischen Organisationen für die Herrschenden in der BRD?

Zur Diskussion um das Verbot der faschistischen Organisationen

Im Kampf gegen die Gefahr des Faschismus hat der Kampf gegen die offen faschistisch auftretenden Organisationen und Gruppen einen besonderen Stellenwert. Über 150 faschistische Organisationen und Banden dürften gegenwärtig in der Bundesrepublik und in Westberlin aktiv sein. Diese rechtsradikale faschistische Szene verfügt über einen umfangreichen Presse- und Propagandaapparat. Mindestens 50 Verlage und Publikationsunternehmen sind ihr zuzurechnen, womit die zahllosen Hetzschriften, die ohne Impressum bzw. im Selbstverlag erscheinen natürlich nicht erfaßt sind. Unzweifelhaft sind die Faschisten in den letzten Jahren in ihrem Auftreten zunehmend militanter und aggressiver geworden. Demokraten und Antifaschisten, Gewerkschafter und Kommunisten, ausländische Mitbürger werden heute wieder von den Faschisten mit Liquidierung bedroht. Offensichtlich wächst vor allem die Zahl faschistischer Organisationen, die terroristisch aktiv sind. Der Mordanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hamburg, dem zwei Vietnamesen zum Opfer fielen, das Blutbad auf dem Münchner Oktoberfest und die zunehmenden Brandanschläge auf Häuser mit türkischen Bewohnern sind erschütternde Beweise dafür.

Trotzdem ist offenkundig, daß die Tätigkeit der faschistischen Banden einschließlich ihrer terroristischen Aktivitäten staatlicherseits und seitens der Herrschenden im allgemeinen nicht nur systematisch verharmlost wird, sondern auch geduldet und gedeckt. Die eingeleiteten und erst recht die mit rechtskräftiger Verurteilung abgeschlossenen Strafverfahren gegen faschistische Terroristen können beim besten Willen nur als Ausnahmen gewertet werden durch die dort, wo der Druck der Antifaschisten zu stark und die Öffentlichkeit insgesamt zu hellhörig geworden ist, der Schein gewahrt werden soll, daß der Staat sich gleichermaßen gegen den „Rechts- und Linksterrorismus“ wende. Tatsache ist, daß die rechtsextremen Terroristen in der Regel von staatlicher Verfolgung weitgehend unbehelligt bleiben.

Die Verharmlosung, Duldung, Förderung der faschistischen Organisationen ist kein Zufall, sondern hat System. „Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein“, hat Franz-Josef Strauß vor Jahren erklärt. Er sprach damit nur offen aus, was für die Bourgeoisie insgesamt gilt, auch wenn nicht jeder Repräsentant der herrschenden Klasse die Stirn hat, es so offen wie Strauß hinauszuposaunen: die faschistischen Organisationen und Banden sind auch gegenwärtig zweifellos Hilfstruppen der herrschenden Klasse, erfüllen im bestehenden kapitalistischen System ganz wesentlich Funktionen für die Bourgeoisie und finden deshalb ihr Wohlgefallen. Es sind gegenwärtig vor allem folgende Funktionen, die die offen faschistischen Organisationen und Banden bereits heute, in einer Situation relativer mitgliedermäßiger und organisatorischer Schwäche, für die herrschende Klasse erfüllen:

1. Die Hetzpropaganda der Faschisten bereitet den reaktionärsten Bestrebungen innerhalb der herrschenden Klasse den Boden. Gegen die antifaschistische Linke, gegen die Arbeiterbewegung sollen die reaktionärsten Stimmungen und Vorurteile mobilisiert werden mit Methoden, die von der Bourgeoisie und ihren etablierten Politikern — noch — nicht (bzw. nur ausnahmsweise) offen angewandt werden, weil sich dies gegenwärtig äußerst negativ beispielsweise auf die überwiegend noch als notwendig erachtete Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführungen und auf die Integrationsfähigkeit des bürgerlich-parlamentarischen Systems im allgemeinen auswirken würde. So soll die faschistische Hetzkampagne gegen die ausländischen Arbeiter diese zum Sündenbock für die steigende Arbeitslosigkeit stempeln und vom kapitalistischen System als eigentlicher Ursache ablenken. Die nationalistische, revanchistische und großmachtchauvinistische Nazipropaganda, die die herrschende Klasse aus außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Erwägungen so nicht vertreten kann, unterstützt die auf Aufrüstung und imperialistischen Expansionsdrang abzielende Politik usw. Dabei dienen die faschistischen Organisationen der herrschenden Klasse auch als eine Art Stimmungsbarometer, an dem sich testen läßt, was seitens der Massen auf besondere Ablehnung stößt und wofür es in Teilen des Volkes eine bestimmte Basis gibt.

2. Der Kapitalismus mit seinen tiefen Widersprüchen, der durch sie hervorgerufenen Ungerechtigkeit, seiner Krisenhaftigkeit im allgemeinen bringt auch in Situationen, in denen von einer schnellen Radikalisierung breiter Massen noch nicht gesprochen werden kann, eine relativ große Zahl von Menschen gegen sich auf, die sich vom bürgerlichen Staat und den etablierten Parteien der Bourgeoisie abwenden. Ohne die Existenz der faschistischen Organisationen bestünde für die herrschende Klasse die Gefahr, daß diese Menschen unter dem Einfluß der antikapitalistischen Linken, vor allem des Kommunismus gerieten. Weil die faschistischen Organisationen scheinbar auch radikal gegen das System sind, gelingt es ihnen, einen Teil dieser Menschen — vor allem Jugendliche — vom Kampf gegen den Kapitalismus abzuhalten und objektiv vor den Karren der reaktionärsten Kapitalsinteressen zu spannen.

3. Die faschistischen Organisationen haben zwar heute in der BRD und Westberlin keinen Massencharakter, verfügen aber über eine äußerst fanatisierte Mitglieder- und Anhängerschaft. Das macht sie für die Herrschenden zunehmend verwendbar für jene Drecksarbeiten, für die sich die etablierten bürgerlichen Kräfte einstweilen noch zu fein sind: als terroristische Stoßtrupps gegen die Arbeiterbewegung, gegen Kommunisten, gegen die verschiedensten demokratischen Bewegungen. In diesem Sinne antwortete Hoffmann, Anführer der gleichnamigen Terrorgruppe, 1977 auf die Frage eines als Abgesandten einer Unternehmensgruppe getarnten Konkret-Journalisten, ob er und seine Bande auch bereit wären, gegen streikende Arbeiter vorzugehen: „Ja. Sie meinen in einer Krisensituation. Oder sagen wir es noch konkreter, in einer bürgerkriegsähnlichen Situation wären wir die richtigen Leute. Wir sagen nicht von vorneherein: Hier wird's schwierig. Wir haben keine Hemmungen, gegen einen Kommunisten vorzugehen ...“ In diesem Zusammenhang muß man es auch sehen, wenn sich in Westberlin faschistische Banden zur Freikämpfung besetzter Häuser anboten.

4. Schließlich gibt die Existenz der faschistischen Organisationen der Regierung und der Bourgeoisie die Möglichkeit, sich im Kampf gegen die Arbeiterbewegung und die revolutionäre Linke als „demokratische Mitte“ zu gebärden. Welche Maßnahme zum Ausbau



des staatlichen Gewaltapparates, welches Gesetz zur Verschärfung der politischen Unterdrückung wäre seitens der Herrschenden nicht mit der Notwendigkeit der „Verteidigung der Demokratie gegen den Links- und Rechtsextremismus“ begründet worden? Daß alles dann nahezu ausschließlich gegen links angewandt wird, steht auf einem völlig anderen Blatt. Vor allem im Hinblick auf die sogenannten liberalen Kreise des Kleinbürgertums, aber sehr wohl auch hinsichtlich der am meisten reformistisch beeinflußten Gewerkschaftskreise, erweist sich die Propaganda der „Solidarität der Demokraten gegen den Extremismus von rechts und links“ als äußerst wirkungsvoll. Die bürgerliche Geschichte — und Politikwissenschaft — untermauert diese Propaganda der Bourgeoisie, indem sie den Prozeß der Zerstörung der Weimarer Republik wahrheitswidrig so darstellt, als sei diese zwischen den sich bekämpfenden Extremen Faschismus und Kommunismus zerrieben worden.

Ohne diese heuchlerische Propaganda vom Kampf gegen den „Rechts- und Linsextremismus“ wäre es für die herrschende Klasse heute ungleich schwieriger, antikommunistische Vorurteile und Stimmungen wachzuhalten, antidemokratische Maßnahmen zu legitimieren. Selbst ein Mann wie Strauß, der die verbrecherischsten Faschisten aller Kontinente zu seinen politischen Freunden zählt, kann sich mit einigen Phrasen gegen den Rechtsextremismus, wobei er dessen im Vergleich zur kommunistischen Gefahr angebliche relative Harmlosigkeit niemals unerwähnt läßt, als Mann der „demokratischen Mitte“ hinstellen. Oder nehmen wir die Türkei. Dort errichteten die Generäle ihre faschistische Diktatur mit der Begründung, das Land müsse aus dem Chaos gerettet werden, in das es infolge des Bürgerkriegs zwischen Links- und Rechtsextremen zu versinken drohe.

Daß die Existenz der faschistische Organisationen es den Herrschenden erlaubt, Maßnahmen der Faschisierung, ja selbst die Errichtung der faschistischen Diktatur in einer Weise propagandistisch zu verkaufen, die von einem großen Teil der Menschen, die tief in bürgerlich-demokratischen Vorstellungen verhaftet sind, noch akzeptiert wird, gehört zu den gefährlichsten Aspekten, die sich unter den konkreten Bedingungen in Westdeutschland und Westberlin für die Arbeiter- und antifaschistische Bewegung aus der Existenz der faschistischen Organisationen ergeben.

5. Von zunehmender Bedeutung könnte schließlich jene Funktion des faschistischen Terrors werden, die gar nicht direkt auf die physische Vernichtung des politischen Gegners zielt, sondern wie beim Bombenschlag auf dem Münchner Oktoberfest allgemein darauf berechnet ist, unter der Bevölkerung Angst und Schrecken zu verbreiten, dadurch ein politisches Klima zu schaffen, in dem der Ruf nach dem starken Mann laut wird. Diese Form des faschistischen Terrors hat in Italien z.B. schon große Bedeutung erlangt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die gegenwärtig offen faschistisch auftretenden Organisationen trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche und organisatorischen Zersplitterung ernstgenommen werden müssen. Sie erfüllen für die herrschende Klasse heute schon wichtige Funktionen und im Gesamtkomplex der Faschisierung kommt ihnen eine wesentliche Bedeutung zu.

Auch in linken Kreisen anzutreffende Haltungen, die existierenden faschistischen Parteien, Organisationen, Kampfgruppen usw. als eher kuriose Randerscheinung des bürgerlichen Systems abzutun und die Bedeutung des Kampfes gegen sie geringzuschätzen, sind deshalb gelinde gesagt politischer Leichtsinn. Auch wenn man der Auffassung ist, daß die Gefahr des Faschismus in unserem Land **nicht in erster Linie** von den gegenwärtig offen faschistisch auftretenden Organisationen ausgeht (und dieser Auffassung sind auch wir), ergibt sich daraus in keiner Weise eine solche Unterschätzung des Kampfes gegen die faschistischen Organisationen. Zumindest die Tatsache, daß die Staatsgewalt Beträchtliches aufbietet, um die Durchführung faschistischer Kundgebungen, Parteitage u.ä. gegen den Protest der Antifaschisten durchzusetzen, sollte jenen Genossen, die Aktionen gegen NPD-Kundgebungen u.ä. im Grunde als „Ablenkung von den eigentlichen Aufgaben“ betrachten, zu denken geben.

Die herrschende Klasse hat ein Interesse an der Existenz und den Aktivitäten der faschistischen Organisationen. Sie hat vor allem **kein** Interesse an einer breiten Massenbewegung für das Verbot der faschistischen Organisationen, weil sie weiß, daß eine solche antifaschistische Massenbewegung sich nicht nur gegen die NPD und ähnliche Gruppierungen richten würde, sondern gegen alle Bestrebungen, die auf die Errichtung einer terroristischen Diktatur abzielen. Im Kampf gegen die faschistischen Organisationen, der, wenn wir den ganzen Bereich der demokratischen Kämpge betrachten, nach wie vor den meisten Menschen einsichtig ist und die höchsten Mobilisierungszahlen (insbesondere aus dem Gewerkschaften heraus) aufweist, entwickelt sich antifaschistisches Bewußtsein, das sich keineswegs in der Forderung nach dem Verbot der faschistischen Organisationen erschöpft, sondern positiv demokratische Inhalte einschließt, sich von daher auch gegen die Verschärfung der politischen Unterdrückung, gegen den Polizeiterror, gegen Strauß — mit einem Wort gegen die Faschisierung im allgemeinen wendet, auch wenn dieser Zusammenhang politisch nicht immer unbedingt bewußt ist.

Die Wichtigkeit eines möglichst breiten Massenkampfes gegen die faschistischen Organisationen ergibt sich deshalb unseres Erachtens zum einen aus dem tatsächlichen Nutzen, den die herrschende Klasse bei ihren faschistischen Bestrebungen aus der Aktivität dieser braunen Banden zieht, zum anderen aus der Tatsache, daß unter den gegebenen politischen Bedingungen der Kampf für das Verbot der faschistischen Organisationen besonders günstige Voraussetzungen für die Entwicklung einer breiten antifaschistischen Einheitsfront bietet.

Einladung zum Arbeitsseminar der Volksfront

Am 24./25. November lädt die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu einer Arbeitskonferenz zum Thema „Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen“ ein. Ein aktuelles und wichtiges Thema für den antifaschistischen und demokratischen Kampf. Wir veröffentlichen im folgenden die Einladung zu dieser Konferenz, wie sie dem „Volksecho“ zu entnehmen war und rufen die Genossinnen und Genossen der Partei auf, diese Arbeitskonferenz nach Kräften zu unterstützen.

Themen der Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe 1: Die Formierung faschistischer Organisationen und ihre Rolle in der Politik der Reaktion. (Dazu gehört: Entstehung und Entwicklung der NPD; Entstehung und Entwicklung der militanten Gruppen, Verhältnis zur NPD — offen und verdeckt; Beispiele Hoffmann, Roeder, Busse, Kühnen, ANS und Folgeorganisationen heute — Taten und Selbstdarstellungen; Beobachtung und Hilfe beim Aufbau der Gruppen durch Regierungen und z. B. Verfassungsschutz; historische Hintergründe).

Arbeitsgruppe 2: Faschistische Programmatik und Ideologie: Ihre Übereinstimmungen mit und ihre Differenzen zu konservativen und reaktionären Positionen. Welche programmatischen Ziele müssen verboten werden, um die Faschisten zu treffen.

Arbeitsgruppe 3: Forderungen nach einem Verbot der NPD und faschistischer Organisationen und ihre Begründung. Bestehende Rechtslage: Parteien- und Innenministerverbote und deren Begründung; verfassungsrechtliche Gesichtspunkte. Erarbeitung einer kritischen Stellungnahme der AG-Teilnehmer daz. Welche Bestimmungen der Verfassung und Strafbestimmungen nutzen besonders der Betätigung der Faschisten.

Arbeitsgruppe 4: Auseinandersetzung mit Argumenten, die gegen die Verbotsforderungen vorgebracht werden. (Entsprechende Aufsätze/Stellungnahmen verschiedener Organisationen können als Materialmappe beim Bundesvorstand bestellt werden.)

Arbeitsgruppe 5: Auswertung und Vorbereitung von wirksamen Aktionen gegen die Faschisten. Möglichkeiten der Zusammenarbeit antifaschistischer Organisationen. (Dazu gehört: Unter welcher Losung? Z. B.: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft"? Auswertung der NPD-Parteitage der letzten drei Jahre. Beim Punkt „Zusammenarbeit" großes Gewicht auf Gewerkschaften.)

Literaturhinweise: Eine Übersicht über Literatur zum Thema kann beim Bundesvorstand zum Selbstkostenpreis von 4,— DM (Kopierkosten) zuzüglich Porto bestellt werden.

Für Anfragen und Anmeldungen zur Konferenz wendet euch bitte an die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront: Maria-Hilf-Straße 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362. Dort könnt ihr auch die Adressen für direkten Kontakt mit einer der fünf Arbeitsgruppen bekommen.

NPD-Parteitag in München

Korrespondenz



Kundgebung gegen NPD-Parteitag in München

Die Aktionen gegen den NPD-Parteitag am letzten Wochenende in München begannen mit einer Mahnwache am Schwabingerbräu um 8.00 Uhr morgens. Anfangs waren es ca. 40—50 Leute mit mehreren Sandwiches und Transparenten von VVN, MLPD, SDAJ, Volksfront. Am Eingang, vor dem wir standen, waren von Anfang an NPD-Ordner. Zwischen 8.30 Uhr und 9.00 Uhr zog Bereitschaftspolizei auf und sperrte einen schmalen Eingangsstreifen mit spanischen Reitern ab. Ab diesem Zeitpunkt ließ die Polizei nur noch NPDler mit Eintrittskarten hinter die Absperrung. Sie wurden mit Sprechchören von uns „begrüßt“. Zwischen 9.00 Uhr und 10.00 Uhr waren es dann bis zu 150 Demonstranten. Um 10.00 Uhr entfernten sich die meisten, um zur Kundgebung gegen den NPD-Parteitag zu gehen. Die zurückgebliebenen, die die Mahnwache weiterführen wollten, wurden von der Polizei abgedrängt. Dabei kam es zu zwei Festnahmen wegen angeblicher Beamtenbeleidigung (vier Stunden festgehalten in der Haftanstalt im Präsidium mit erkennungsdienstlicher Behandlung). Nach der Kundgebung zogen die Demonstranten wieder vor den Eingang, der aber inzwischen weiträumig abgesperrt war. Es kam noch zu einigen Rempeleien mit Nazis und zu vielen Sprechchören. Gegen 13.00 Uhr löste sich die Demonstration auf.

Waffenlager von Nazis beschlagnahmt

Polizei: kein politischer Hintergrund

Innerhalb von nur zwei Wochen beschlagnahmte die Polizei Waffenlager von Nazis: In der Hamburger Wohnung eines 22jährigen Anhängers von Michael Kühnen und auf dem Kottenhof in der Nähe von Schwerte in Westfalen.

In Schwerte fand die Polizei unter Bergen von alten Autoreifen und in verlassenen Fuchsbauten vergraben Berge von Waffen: Gewehre, Pistolen, Revolver, Maschinenpistolen der Bundeswehr mit Munition, 9 Kilo Sprengstoff u. a. m. Außerdem befand sich dort jede Menge NS-Material: Ehrendolche mit dem NS-Emblem, Mützen mit dem Totenkopf-Emblem, Hitler-Bilder, NSDAP-Plaketten. Die Hausdurchsuchung förderte auch anderes zutage, das einen Einblick in das tiefbraune Familienleben der Kottenhof-Bewohner erlaubte — Fotos zeigten beispielsweise, wie die Familie sich zu Ostern mit rotgefärbten und mit einem Hakenkreuz bemalten Ostereiern vergnügte ...



Das Foto zeigt nur einen Bruchteil der Waffen, die auf dem Kottenhof gefunden wurden

Fünf Personen wurden festgenommen. Gegen sie laufen Ermittlungen wegen verbotenen Waffenbesitzes, illegalen Waffenhandels und Gründung einer kriminellen Vereinigung. Trotz der offenkundigen Tatsachen und trotz der einschlägigen Ermittlungen wird das Ganze vor der Öffentlichkeit aber in erschreckender Weise verharmlost. Der Dortmunder Polizeipräsident Manner erklärte, es gäbe keine Hinweise auf einen politischen Hintergrund. In der Tagesschau, die mit einem kurzen Filmbericht informierte, hieß es, es handele sich wahrscheinlich um Waffensammler. Es reicht, sich nur einen Moment vorzustellen, ein ähnliches Waffenlager sei bei Linken gefunden worden, um zu ermessen, in welchem Ausmaß hier mit polizeilicher Information Politik betrieben wird.

Letzteres wird im Fall des Hamburger Waffenfundes fast noch deutlicher. Zwar fanden sich in der Wohnung des Kühnen-Anhängers „nur“ einige Gewehre, Waffenteile und 1000 Schuß Munition. Aber: nach dem Kühnen-Anhänger wurde gefahndet. Als er bei einer Verkehrskontrolle auffiel, weil er mit zwei Freunden in einem gestohlenen Mercedes saß, stieg er aus und schoß mit einer Schrotflinte auf einen der Polizisten. Was wäre los in dieser Republik, wenn das gleiche etwa mit einem Anhänger der RAF geschehen wäre? Man braucht wirklich nicht viel Phantasie, um sich den gemeinsamen Aufschrei aller Demokraten, Springers „Bild“ allen voran, vorstellen zu können. Da es sich aber nicht um einen Anhänger der RAF handelt, sondern um einen Nazi, um einen Anhänger des berüchtigten Michael Kühnen, ist die ganze Angelegenheit der überregionalen Presse im besten Fall eine kleine Meldung wert.

Bundeskanzler Kohl macht gegen hessische Ausländerpolitik mobil

Jetzt hat sich Bundeskanzler Kohl persönlich in den Streit um die hessische Ausländerpolitik eingeschaltet. Kohl erklärte Ende Oktober, er werde Alleingänge wie in Hessen nicht hinnehmen. Juristen sollen in Kohls Auftrag jetzt prüfen, ob Hessen mit seinen beiden Erlassen zum Ausländerrecht Bundesrecht verletzt habe. Außerdem kündigte Kohl an, daß er die hessische Ausländerpolitik notfalls vor den Bundestag bringen werde.

Was Kohl so in Rage bringt, sind zwei Erlasse vom Juli und September dieses Jahres. Der erste Erlaß regelt den Familiennachzug von hier lebenden Ausländern. Besonderer Stein des Anstoßes für die CDU: die Ausweitung des Nachzugsalters für Kinder bis zum Alter von 18 Jahren. Der zweite Erlaß regelt die Aufenthaltsbestimmungen von hier lebenden Ausländern. Er bestimmt, daß die Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung bereits nach fünf Jahren (bisher üblich: acht Jahre) möglich ist; daß Ausländer, die länger als fünf Jahre hier leben, auch bei Bezug von Sozialhilfe auf eine Aufenthaltsverlängerung hoffen können; daß ausländische Jugendliche, die hier ihren „Lebensmittelpunkt“ haben, bis zum Alter von 21 Jahren nicht mehr automatisch ausgewiesen werden sollen, wenn sie straffällig werden.

Die hessischen Bestimmungen heben das reaktionäre Ausländerrecht also nicht gerade aus den Angeln. Aber sie gehen doch in eine andere Richtung als die Zimmermannschen Pläne, die nur noch den Namen Ausländervertreibungspolitik verdienen. Und das reicht aus, um bei den Regierungsparteien einen Proteststurm sondergleichen hervorzurufen.

Der innenpolitische Sprecher der CDU in Hessen, Nassauer, sieht in den Erlassen einen „Akt der Bundesuntreue, einen Ausstieg aus dieser Republik“. Wallmann, CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt, erklärte sofort, diese Beschlüsse werde er nicht tatenlos hinnehmen und weigerte sich konsequenterweise auch, die Erlasse der Landesregierung in Frankfurt anzuwenden. (Die Überlegungen der Frankfurter CDU zur Ausländerpolitik gingen in die Richtung, die in Frankfurt lebenden ca. 130000 Ausländer nach Nationalitäten getrennt auf Stadtteile und gesonderte Schulen zu verteilen.) Außenminister Genscher schließlich hat die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik angewiesen, die hessischen Bestimmungen nicht zu beachten. Und nun will also der Chef persönlich dafür sorgen, daß es nicht mehr gibt, was es nicht geben soll: auch nur die geringste Verbesserung im bestehenden Ausländerrecht.

Maschinenlesbarer Personalausweis

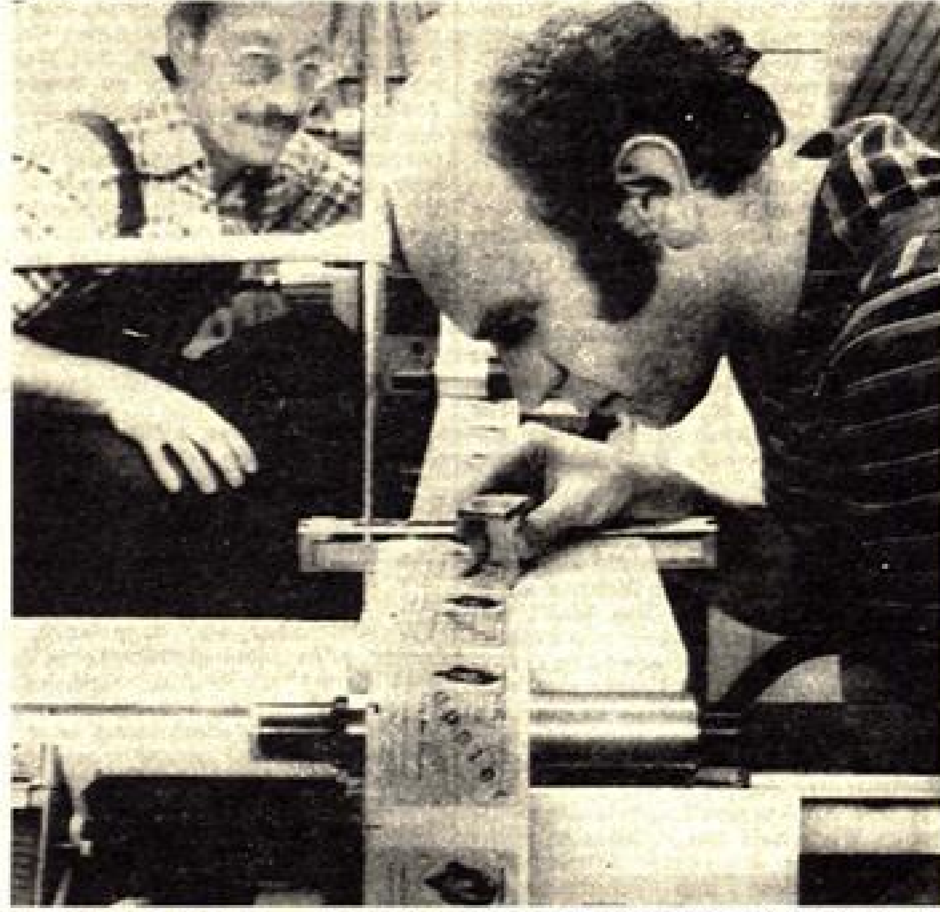
Findet die Grenzkontrolle im Wohnzimmer statt?

Der Bundestag hat sich in erster Lesung mit dem Entwurf des „Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise“ befaßt. Dabei geht es um die nun für Anfang 1986 geplante Einführung des angeblich fälschungssicheren, auf jeden Fall aber maschinenlesbaren Personalausweises.

Die Personalausweiskarte, deren Entwicklung bereits 135 bis 140 Millionen Mark gekostet haben wird, bevor ihr erstes Exemplar gedruckt wird, wird dann jeder Bundesbürger ab Vollendung des 16. Lebensjahres besitzen müssen, es sei denn, er besitzt eine gültigen Reisepaß und kann sich durch diesen ausweisen. Ein Gesetzentwurf über die Einführung eines maschinenlesbaren Reisepasses ist in Vorbereitung.

Die Bundesregierung behauptet, den Erfordernissen des Datenschutzes einschließlich dem Bundesverfassungsgerichtsurteil gegen die Volkszählung seien in dem neuen Gesetzentwurf Rechnung getragen. Etwa dadurch, daß die Inhalte der automatischen Lesezone und der Nummer nun ausdrücklich im Gesetz geregelt ist, daß Seriennummer und Prüfziffer keine Daten über den Ausweisinhaber und Hinweise auf solche enthalten dürfen, daß die Seriennummern nicht zur Erschließung und Verknüpfung von Dateien verwandt werden dürfen u. a.

Aber für all das regelt das Gesetz natürlich auch die Ausnahmen. Ein wenig vereinfacht läßt sich sagen, daß der maschinenlesbare Ausweis eben doch zum Abruf personenbezogener Daten aus Dateien und zur Sammlung und Speicherung personenbezogener Daten in einer Datei benutzt werden kann, wenn die gleichen Voraussetzungen von der Polizei und den Staatsschutzdiensten als gegeben betrachtet werden, die derzeit für die Überwachung des Telefonverkehrs gelten nach § 100a der Strafprozeßordnung. Diese Ausnahmen sollen zwar im allgemeinen durch den Richter angeordnet werden, diese richterliche Anordnung kann aber auch durch die Staatsanwaltschaft, in besonderen Fällen sogar durch von der obersten Dienstbehörde besonders ermächtigte Beamte ersetzt werden.



Bereits im Druck — der neue maschinenlesbare Personalausweis

So selten, wie die Bundesregierung behauptet, sind die Ausnahmen des Gesetzes eben nicht. Es sei denn, man will behaupten, daß die Telefonüberwachung gegen die unliebsame linke Opposition in diesem Land selten ist. Und viel Vertrauen kann man in die Wirksamkeit der Einschränkungen, die das Gesetz hinsichtlich der Anwendung der geplanten Identitätskarte enthält, auch nicht haben. Es sei denn, man wolle behaupten, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für die Telefonüberwachung hätten nicht offenkundig zu völlig illegalen Lauschangriffen seitens des Verfassungsschutzes und anderer Staatsschutzorgane geführt.

Vertreter der Regierungskoalition haben in der Bundestagsdebatte vertreten, man müsse sich den technischen Fortschritt zunutze machen. Die Frage ist, warum er ausgerechnet zur schärferen Überwachung und Kontrolle der Bürger genutzt werden muß. Tatsächlich ist es gerade der zu erwartende „technische Fortschritt“, auf dessen Grundlage der maschinenlesbare Personalausweis seine Möglichkeiten zur vollständigen Bespitzelung der Bürger erst voll entfaltet. Es geht um die Breitbandverkabelung, die diese Regierung mit so viel Kapitalaufwand betreibt. Die Breitbandverkabelung wird alle bisherigen Datenschutzregelungen zur vollständigen Makulatur machen. Die Vision ist bekannt: der Bürger lebt angenehm, weil er vom Einkauf des neuen Wohnzimmers, über den Bankverkehr bis zur Regelung seiner Rentenangelegenheiten alles über Bildschirmtext vom Fernsehsessel erledigen kann. Dazu ist selbstverständlich der Aufbau unzähliger personenbezogener Dateien notwendig, die faktisch alle wesentlichen Daten der Bürger erfassen. Jede dieser Dateien kann elektronisch geknackt werden, was in den USA schon zum Schülersport geworden ist. Diese unzähligen personebezogenen Dateien zusammenzuführen, ist technisch überhaupt kein Problem. Der maschinenlesbare Ausweis könnte dabei zum „Sesam-öffne-dich“ des Staatsschutzes werden.

Derzeit werden die Grenzkontrollen abgebaut. Die Kontrolle soll demnächst im Wohnzimmer stattfinden.

Meldungen

IGM fordert Gleichstellung und Gleichberechtigung für ausländische Arbeitnehmer

Ende Oktober versammelten sich in Frankfurt 180 Teilnehmer aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zur Bezirkskonferenz für ausländische Arbeitnehmer der IGM. Die Gewerkschafter waren sich darin einig, daß die sogenannte Rückkehrhilfe verheerende Folgen hatte und forderten stattdessen ein Beschäftigungsprogramm, damit alle, Deutsche und Ausländer, Arbeit bekommen können.

Die Delegierten verabschiedeten außerdem fünf Anträge, in denen sie die Gleichstellung und Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer forderten. Konkret: das kommunale Wahlrecht, eine Reform des Ausländerrechts, die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung nach fünf Jahren und ohne Bedingungen, keine Abschiebung bei Arbeitslosigkeit und die Abschaffung aller Verordnungen, die die Familienzusammenführung verhindern.

Niedersachsen: Wer Lehrer werden will, muß für Berufsverbote sein

Im Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Udo Paulus in Niedersachsen wurde jetzt folgendes bekannt: aus dem Protokoll des Einstellungsgesprächs, das mit einer Musikpädagogin geführt wurde, geht hervor, daß sie dazu Stellung nehmen mußte, ob sie für die Übernahme von DKP-Mitgliedern in den Staatsdienst ist oder nicht. Als sie erklärte, daß sie dafür sei, wurde das Gespräch abgebrochen. Sprecher der GEW erklärten, daß andere Einstellungsgespräche in letzter Zeit ähnlich verlaufen seien.

Bundespostministerium: Schlimmer als Unterschlagung

Das Bundesdisziplinargericht in Frankfurt verhandelt gegenwärtig über den Einspruch des Briefträgers Wolfgang Reppe gegen sein Berufsverbot bei der Bundespost. Dazu holte es auch eine Stellungnahme aus dem Bundespostministerium ein. In dem Schreiben aus dem Postministerium heißt es wörtlich:

„Der Fall ist nicht anders zu beurteilen, wie wenn ein Beamter Beförderungsgut oder dienstliche Gelder unterschlägt, was als schwerwiegende Verletzung konkreter Amtspflichten gilt, aber noch hinter einer Verletzung der Verfassungstreue rangieren muß. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Beamte seine sonstigen Dienstpflichten korrekt erfüllt hat.“

Hätte Wolfgang Reppe also Geld unterschlagen, fände das das Ministerium von Schwarz-Schilling zwar auch schlimm. Aber so schlimm wie seine DKP-Mitgliedschaft denn doch nicht. Wen wundert das bei einem Minister, der einer Regierung angehört, die dann, wenn es ums Geld geht, nach dem Motto „legal, illegal — Hauptsache viel“ verfährt.

Prozeß gegen Neonazi Kühnen beginnt im November

Mitte November wird vor der Staatsschutzkammer in Frankfurt endlich der Prozeß gegen den Neonazi Michael Kühnen beginnen. Bei dem Prozeß geht es u. a. um ein Pamphlet der mittlerweile verbotenen ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten), in dem die Wiederzulassung der NSDAP gefordert und die ANS als „legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung“ bezeichnet worden war. Andere Neonazis, die wegen der gleichen Sache bereits im August verurteilt worden waren, waren zu Geldstrafen und zu maximal acht Monaten auf Bewährung verurteilt worden.

Es wird damit gerechnet, daß Kühnen, der Verfasser dieser Hetzschriften, mit einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung zu rechnen hat. Ob die Justiz aber tatsächlich ein Interesse hat, ein angemessenes Urteil zu fällen, erscheint mehr als fraglich, wenn man liest, was sich im Vorfeld des Prozesses so abspielt. So konnten sich beispielsweise Ende Oktober in Hannover 35 Anhänger Kühnens, wie in Kühnens Mitteilungsblatt „neue Front“ angekündigt, versammeln, und es geschah überhaupt nichts. Begründung aus dem niedersächsischen Innenministerium: „Wenn ein Treffen auf privatem Gelände stattfindet, ist wenig zu machen.“ (!)

Quellentexte zur Sozialismus-diskussion

Marx / Engels-Paket

1500 Seiten für nur 7 DM!

Marx/Engels — Manifest der kommunistischen Partei
Marx — Der Bürgerkrieg in Frankreich
Marx — Kritik des Gothaer Programms
Marx — Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie"
Marx — Lohnarbeit und Kapital
Engels — Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
Engels — Dialektik der Natur
Engels — Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft



Lenin-Paket

1380 Seiten für 7 DM!

Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Konspekt zu Hegels „Wissenschaft und Logik"
Staat und Revolution
Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky
Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus
Über Krieg und Frieden.
Über Marx und Engels
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus
Zur nationalen und kolonialen Frage.

Grundlagen zum Artikel Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft in Kommunistische Hefte Nr. 9 für 4 DM!

Marx/Engels — Manifest der kommunistischen Partei
Marx — Der Bürgerkrieg in Frankreich
Marx — Kritik des Gothaer Programms
Lenin — Staat und Revolution



Bestellungen an: Verlag Roter Morgen,

Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30

Neu erschienen!

„Das Krisenbuch"

„Wirtschaftskrise, Wendepolitik und Widerstand"

Unter diesem Titel erschien jetzt im Verlag Roter Morgen das zweite „RM-Taschenbuch". Die Herausgeber, Hartmut Siemon und Detlef Schneider befassen sich darin zum einen mit den drei schon fast „klassischen Krisenbranchen" Kohle, Stahl und Werften, zum anderen mit der heutigen Krise, der kapitalistischen Krisenpolitik der Bundesregierung und der Perspektiven für die 80er Jahre, sowie mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung gegen diese Konzepte. Wir drucken im folgenden die Vorbemerkung der Herausgeber ab.

Vorbemerkung

Wer ihn wähle, so hatte Kohl zu Beginn des letzten Jahres versichert, würde den Aufschwung wählen. Heute kann eine erste Bilanz gezogen werden. Was hat die ungehemmte Entfaltung der Marktkräfte, auf die das neue Regierungsbündnis so nachdrücklich setzt, gebracht? Der angekündigte Aufschwung fiel nur als bescheidene Belebung aus, und er hat seine „Gaben" höchst unterschiedlich verteilt: wachsende Arbeitslosigkeit und anhaltende Reallohnsenkung auf der einen, explodierende Profite auf der anderen Seite.

Die von Kapitalisten, Wendepolitikern und ihrem Fußvolk seit Jahren wie eine Litanei ständig heruntergebetete Rechnung „Steigende Gewinne = vermehrte Investitionen = wachsende Zahl von Arbeitsplätzen" ist vor allem in ihrem letzten Teil nicht aufgegangen. Wie weiter? Ist ein erneutes progressives Wachstum mit Zuwachsraten wie in den sechziger Jahren denkbar? Kann sich das Problem der Massenarbeitslosigkeit quasi im Selbstlauf eines solchen Wachstums erledigen?

Die in diesem Buch versammelten Aufsätze versuchen, eine Antwort auf solche und ähnliche Fragen zu geben. Sie untersuchen Ursachen und Auswirkungen der Krise und analysieren die Perspektiven der weiteren Entwicklung wie auch die Strategien, die Kapital und Wenderegierung zur Lösung der Krisenprobleme entwickelt haben — Strategien, die insgesamt darauf abzielen, die Umverteilungsprozesse zuungunsten der arbeitenden Menschen forciert voranzutreiben und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Kapitals zu verschieben.

In den ersten drei Aufsätzen wird dieser Mechanismus der kapitalistischen Krisenregulierung am Beispiel von drei besonders stark betroffenen Branchen dargestellt — der Werftindustrie, der Stahlindustrie und des Kohlebergbaus. Welche Möglichkeiten hat die Arbeiterklasse, diesen Strategien des Kapitals zu begegnen? Eine Antwort auf diese Frage hat die Besetzung der HDW in Hamburg gegeben. Vorgeschichte und Verlauf dieses exemplarischen Kampfes werden im folgenden detailliert dargestellt. Die neuntägige Streikaktion der HDWler hat gezeigt, daß auch unter dem Druck der Krise und Massenarbeitslosigkeit der Kampf zur Abwehr der Angriffe des Kapitals entfaltet werden kann. Zugleich sind durch das Ausbleiben einer Ausweitung des Streiks über den besetzten Betrieb hinaus jedoch auch Grenzen deutlich geworden, die vor allem in der noch immer auf Sozialpartnerschaft ausgerichteten Politik der DGB-Gewerkschaften liegen — insofern hat gerade die HDW-Besetzung der Notwendigkeit einer radikalen Änderung dieser Politik unterstrichen.



Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. 333 Seiten, Preis 14,80 DM

90 neue Abonnenten

RM-Billig-Abo-Aktion

Der Endspurt hat's gebracht. Nachdem wir anfangs schon dachten, daß wir mit unserer zweiten RM-Billig-Abo-Aktion eine ziemliche Pleite erleben würden, kam der „Aufschwung" dann doch — in den letzten zwei Wochen.

Wir freuen uns über die neuen Abonnenten und können nur hoffen, daß diese Freude auf Gegenseitigkeit beruht und euch die Zeitung, die ihr abonniert habt, auch ein bißchen gefällt. Vielleicht schreibt ihr uns ab und zu mal?

(Zum Schluß noch ein Tip für neue und alte Leser: wenn euch der Rote Morgen so gut gefällt, daß ihr meint, den müssen unbedingt mehr Leute lesen, dann braucht ihr nicht auf die nächste Billig-Abo-Aktion zu warten. Denn abonnieren geht immer. Und der Verlag freut sich, wenn ihm für den Roten Morgen auch mal 30 Mark [für ein halbes Jahr] oder 60 Mark [fürs ganze Jahr] auf den Tisch flattern.)

Achtung! Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Schüler!

Der Verlag hat sich entschlossen, für Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger, Studenten und Schüler den Preis für das RM-Abo zu halbieren. Für diesen Personenkreis kostet das RM-Abo also ab sofort nur noch 15 Mark (für ein halbes Jahr) und 30 Mark (für ein Jahr).

Preissenkung beim RM-Abo!

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Stammtisch der KPD
Jeden ersten Freitag im Monat, 20.00 Uhr
„Musterklause", Eckenheimer Landstraße 43
Der nächste am 7. Dezember, Thema: „Diskussion über die Ausländerpolitik der KPD"

DORTMUND

Veranstaltung der KPD
„Ausländerpolitik der KPD"
Rede eines türkischen Genossen, kulturelle Beiträge, Podiumsdiskussion über „doppelte Staatsbürgerschaft"
Donnerstag, 29. November, 19.30 Uhr
Gaststätte „Jacobschänke", Weißenburger Straße

KPD-KONFERENZEN

Arbeitslosentreff-Nord
Samstag, 24.11. um 11.00 Uhr
Thälmann-Buchhandlung, Margaretenstraße 58, Hamburg 6
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Arbeitslosentreff-Mitte
Samstag, 1.12. um 11.00 Uhr
Zentrales Parteibüro der KPD, Dortmund-Hörde, Wellinghofer Str. 103
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Frauenkonferenz-Süd
Sonntag, 25.11. um 11.00 Uhr
Bücherstube Ost, Stuttgart, Haußmannstr. 107
Alle Genossinnen aus dem Raum sind herzlich und dringend eingeladen.

Zur erneuten Planung von neuem Personalausweis und Volkszählung:

Statistik und Meldewesen im 3. Reich

Keineswegs aufgegeben hat die Bundesregierung die Pläne für den neuen Personalausweis und die Volkszählung, das wurde in den letzten Wochen erneut deutlich. Was für eine Rolle Statistik und Meldewesen in der deutschen Geschichte gespielt haben, wie sie in der Nazi-Diktatur systematisch ausgebaut wurden, „verwissenschaftlicht", wie die Nazi-Ideologen sagten, damit befaßt sich dieser Artikel. Und auch mit der Tradition, wie sie von der BRD übernommen wurde.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Effektivität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik oder „Sozialhygiene", Rassenreinhaltungspolitik, war die vorhergehende möglichst exakte Erfassung. 1933 trat die Statistik, die bis dahin ein Kümmerdasein in der Bevölkerungspolitik gespielt hatte, in den Vordergrund.

Statistik spielte schon vorher im Land Thüringen eine wichtige Rolle, wo der Innenminister Wilhelm Frick regierte (seit 1928). Angesichts der großen Arbeitslosigkeit wurde dort die Statistik für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm benötigt. Ferner gewährte sie sich in den Bereichen Fett- und Futtermittelbewirtschaftung, Bewirtschaftung von Industrierohstoffen, Preisüberwachung, Geburtenpolitik, Erbhofpolitik und auch schon Rassenpolitik.

Schon 1913 entwickelte die IBM-Tochterfirma Dehomag das Hollerith-Lochkartensystem, das es ermöglichte, Karteikarten so anzulegen, daß man unter bestimmten Stichworten die jeweiligen dazugehörigen Karten ziehen konnte. Damals ging es um Erfassung der Wehrtauglichkeit.

Die Statistiker des Dritten Reiches verstanden sich als „wissenschaftliche Soldaten" des Nazismus. So formulierte Friedrich Zahn, damals Präsident der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 1941: Die nationalsozialistische Staatsführung hat „den Menschen jetzt noch mehr in den Vordergrund ihrer Betrachtungsweise gerückt, nicht den Menschen als freies Individuum, sondern den Menschen, wie er in der Gemeinschaft biologisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell gebunden ist. Daher sind wichtige bevölkerungs- und medizinalstatistische Aufgaben auf dem Gebiet der Familie, Sippe, Rasse, Vererbung (Erbbiologie, Genealogie), Heimatkunde, des Volkstums (und Volkszugehörigkeit, Mundart, Sprache, Familienname) alsbald in Angriff genommen worden."

Wissenschaftliche Soldaten Hitlers

Bei der Volkszählung 1933 wurde das Hollerith-Verfahen in großem Umfang eingesetzt, um die verschiedenen erfragten Daten rasch zu sortieren. Dabei wurden damals 60spaltige Lochkarten verwendet (früher 45spaltige), was so begründet wurde:

„Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob man sich nicht noch entschließt, aus staatspolitischen Erwägungen heraus weitere Angaben aus der Haushaltsliste auf die Lochkarte zu übernehmen. Die Verwendung der 45spaltigen Lochkarte würde dies nicht gestatten."

Diese staatspolitischen Erwägungen bestanden in der Tat: nämlich in der Sonderauszählung der Juden und Ausländer.

(Um das plastisch zu machen: Da es tausend verschiedene dreistellige Zahlen gibt, kann man mit drei Lochkartenspalten 1000 verschiedene Antworten auf eine bestimmte Frage speichern, die man dann hinterher mit entsprechenden Sortiermaschinen und Tabelliermaschinen zusammenstellen bzw. hochrechnen kann. Mit drei Arbeitsgängen kann man dann alle Lochkarten mit der gleichen Schlüsselzahl (die z.B. die Nationalität darstellt) zusammenstellen. Vorsichtig, wie man 1933 war, hat man den jüdischen Teil der Bevölkerung damals noch über die Frage nach der — rechtlichen, nicht überzeugungsmäßigen — Religionszugehörigkeit ermittelt und hilfsweise den Geburtsort hinzugezogen.

Wichtig ist dabei insbesondere auch eine Aufschlüsselung von Gruppenwechseln, die innerhalb des Systems vorgesehen sind. Den Nazis kam es nicht nur darauf an, festzustellen, ob jemand die deutsche Staatsbürgerschaft besaß oder nicht, sondern auch, seit wann er sie besaß und was für eine er vorher hatte bzw. wo er geboren war. (Dies ergab z.B. wertvolle Hinweise über die Zuwanderung von Juden aus dem polnischgalizischen Raum.)

Am 16.6.1933 waren über 500000 Zähler (z.T. zwangsverpflichtet) unterwegs, um die Haushaltslisten ausfüllen zu lassen. Sie rekrutierten sich aus den SA- und SS-Leuten (als Oberzählern), ausgeschiedenen Hilfspolizisten, Werkstudenten, Kriegsgeschädigten, bedürftigen (weiblichen) Arbeitslosen und stellenlosen Beamtenanwärtern (Daten aus dem Raum Stuttgart).

Gegenüber der letzten Volkszählung von 1925 waren Zusatzfragen an die Frauen hinzugekommen, in denen das Datum der Eheschließung und die Zahl der Kinder ermittelt wurden. Hierbei sollte nicht nur die künftige Bevölkerungspolitik vorausberechnet werden, sondern auch ein „Geburtensoll" pro Familie ermittelt werden, dem die „biologisch wertvollen" Frauen in den darauffolgenden Jahren unterworfen werden sollten. Der Direktor des Statistischen Reichsamtes, Burgdörfer, dazu:

„Die Bedeutung dieser familienstatistischen Aufstellung für die Beurteilung der ehelichen Fruchtbarkeit ist um so höher zu veranschlagen, als sie zugleich den Ausgangspunkt bilden soll für die Fortschreibung der Gebährleistungen der Ehefrauen nach den Geburtsjahrgängen sowohl als auch nach den Heiratsjahrgängen. Die alten Methoden der Bevölkerungsstatistik, die sich darauf beschränkten, festzustellen, was war und was ist, genügen heute nicht mehr, man muß zur biologischen Betrachtungsweise übergehen und festzustellen versuchen, was wird. Dies ist um so notwendiger, als die bereichnten Fruchtbarkeitsziffern nicht mehr genügen, um die Entwicklung der Fortpflanzungstätigkeit statistisch kontrollieren zu können. Das ist nur dadurch möglich, daß man die jährlichen Gebärleistungen in den einzelnen Ehejahrgängen regelmäßig aufsummiert und fortschreibt. Die Grundlage soll die neue Volkszählung liefern."

Seit September 1933 gab es ein Ehestandsdarlehen zur Förderung des Heiratswillens, das dann „abgekindert" werden konnte. Auf diese Weise wollte man den „Geburtenkrieg" ankurbeln. Der Anreiz zum Kinderkriegen wurde durch Kindergeldzahlungen, die nach dem dritten Kind deutlich in die Höhe gingen, verstärkt. In den Genuß kamen allerdings nur arische Antragsteller, die „in erbhygienischer Sicht einwandfrei" waren, was sie durch ein Gesundheitsstammbuch nachweisen mußten. Für Abtreibungen gab es harte Strafen.

Wertvolle Aufschlüsse aus dieser Volkszählung ergaben sich auch in bezug auf das Arbeitsleben. So wurde z.B. ermittelt, daß über 1 Million Arbeitsloser von den Arbeitsämtern gar nicht erfaßt waren. Hier ergab sich ein breites Feld für Zwangsrekrutierungen z.B. für den Straßenbau. (Die Einziehung von „Drückebergern" erfolgte natürlich über die Polizei.)

Kriegszählung

Die nächste Volkszählung fand dann 1939 statt. Sie war ursprünglich für 1938 vorgesehen, dann aber verschoben worden, weil man das „angeschlossene Österreich miterfassen wollte. Nach vorherigen entsprechenden Schulungskursen wurden 750000 Zähler aufgeboten. Die Daten dieser Volkszählung dienten bereits deutlich der Kriegsvorbereitung und der späteren systematischen Judenvernichtung. So hieß es bei der Beschlußfassung über die Prioritäten bei der Auswertung der Zählungsergebnisse:

„Das Reichsernährungsministerium und der Reichsnährstand legten größten Wert auf beschleunigte Erstellung der Zahlen über die Wohnbevölkerung in ihrer Gliederung nach Geschlecht und Altersklassen der Kinder und Jugendlichen, und zwar für die einzelnen Gemeinden, weil diese Zahlen die wesentliche Unterlage für die Bewirtschaftung der verfügbaren Nahrungsmittel bilden.

Die Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsführers SS hielten die Fertigung von Namenslisten für die Ausländer und die Personen mit fremder Volkszugehörigkeit sowie die Auszählung der Juden und jüdischen Mischlinge als vordringlich. Demgemäß wurde die Erledigung der vorbezeichneten Aufgaben als ‚Sofortprogramm' angesehen, dessen Fertigstellung das Statistische Reichsamt für Ende November 1939 in Aussicht stellte.

Nach Beendigung dieser Arbeiten soll nach dringendem Wunsch des Oberkommandos der Wehrmacht und des Reichsarbeitsministeriums die Aufbereitung der Berufszählung erfolgen."

Im ähnlichen Sinne wie innerhalb des Reiches verfuhr das Statistische Reichsamt auch mit den besetzten Gebieten: Einwohnererfassung, Betriebserhebungen, Volkszählungen, die im Sinne einer auf Spaltung und koloniale Ausbeutung gerichteten Politik bedeutsam waren.

Im Reich wurde seit 1936 eine „Zentralkartei der Kraftfahrzeugbesitzer und Kraftfahrzeuge für die Wehrmacht" geführt (der heutige Kfz-Brief wurde 1934 als „Wehrpaß des Kraftfahrzeugs" eingeführt). Seit 1940 gab es auf Wunsch des Innenministeriums Sonderkarteien über Mehrlingsgeburten und Blutverwandtenehen als bürokratische Grundlagen für Erbforschung und Ausmerze.

Anmerken möchte ich ein paar Daten zu Friedrich Burgdörfer, der die Volkszählungen von 1925 und 1933 geleitet hat und bei der Volkszählung 1939 der Verbindungsmann zwischen dem Hauptamt Ordnungspolizei und der Wehrmacht einerseits, dem Statistischen Reichsamt andererseits war. 1928 verfaßte er ein Buch „Volk ohne Jugend", warnte vor dem Volkstod und plädierte für eine erbbiologisch gesunde deutsche Volksfamilie, da sonst das Volk biologisch auf den Abgrund zutreibt. Die Gefahr sah er in der großstädtischen Rationalisierung des Geschlechtslebens, die vor allem die kulturtragenden Schichten ergriffen habe, während sich die unteren Schichten proletarisch vermehrten. Dies führe auf Dauer „automatisch zu einer bis zur Selbstvernichtung gehenden Ausmerzung des qualitativ hochwertigen kulturtragenden Volksteils." Hinzu komme die Zersetzung durch Angehörige der angrenzenden Völkern im Osten. Dem polnischen Bevölkerungsüberdruck müsse daher ein dauerhafter Damm durch Ansiedlung deutscher Bauern entgegengesetzt werden.

Zusammen mit Ministerialrat Linden (zuständig für die Euthanasie-Aktionen) plante er 1942 ein Reichsinstitut für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik im Rahmen des Innenministeriums. Der Krieg ließ es dabei bewenden.

1945 verfaßte Burgdörfer Memoranden für die Besatzungsmacht USA zur Flüchtlingsfrage, wird dann aber als belastet entlassen. 1949 bekommt er seine Honorarprofessur (von 1937) zurück. 1960 wird er zum Ehrenmitglied der Deutschen Statistischen Gesellschaft gewählt. Als er 1967 in München stirbt, trauert Gerhard Fürst, der erste Präsident des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden um ihn: „Die immer kleiner werdende alte Garde der Reichsamt-Statistiker betrauert den Tod eines alten Kollegen. Vieles, wofür er gekämpft hat, ist Wirklichkeit geworden." Man kann hinzufügen: einiges noch nicht.

Neuordnung des Meldewesens

Eine weitere Einrichtung diente der **individuellen** Erfassung der Menschen: die Neuordnung des Meldewesens. 1934 wird der Vorschlag einer „Deutschen Kartei" gemacht:

„Noch gibt es keine Stelle, bei der ohne weiteres die Adresse jedes Deutschen und das sonst für ihn Wissenswerte mit einem Griff gewissermaßen ermittelt werden könnte, und doch wäre eine solche Stelle sehr wünschenswert und ihre Einrichtung keineswegs besonders schwierig.

Man muß zu der Einsicht durchdringen, daß der Mensch ein bewegliches, sich selbst bewegendes Wesen ist, daß man daher als Grundlage einer Organisation nicht etwas wählen darf, das ständig wechseln kann und auch bei Millionen ständig wechselt, nämlich Wohnsitz und Wohnung, sondern etwas, was fest und immer gleich bleibt, nämlich Geburtsdatum und Geburtsort, im weiteren Rahmen auch Rasse und Stamm.

Man muß hier statt des Territorialprinzips das Personalitätsprinzip anwenden. Gleichschaltung mit der Technik heißt hier die Forderung. Adreßbücher veralten zu schnell. Außerdem würde es eine ungeheure Mühe kosten, wollte man all diese Adreßbücher auf eine bestimmte Person durchsuchen.

Mein Vorschlag geht dahin, unter dem Namen ‚Deutsche Kartei' ein deutsches Hauptmeldeamt zu errichten, bei dem jeder Wohnungswechsel, jede über 6 Wochen dauernde Reise, jeder Berufswechsel, jeder Todesfall und jede Geburt sofort anzumelden wäre. Unterlassung dieser Anmeldung wäre streng zu bestrafen. Die Einordnung der täglich einlaufenden Anzeigen geschehe in der Weise, daß die im gleichen Jahr Geborenen und in zeitlichem Abstand von 25 Jahren Geborenen jeweils zusammengefaßt werden, wobei dann gleicher Geburtsmonat und gleicher Geburtstag weitere Unterabteilungen bilden."

Auf diese Weise erhält man ein 25geschossiges Gebäude, bei dem jedes Geschoß rund 2,4 Millionen, jeder von 12 Räumen eines Geschosses (entsprechend den 12 Monaten) 200000, jeder der 30 Karteischränke rund 7000 Namen enthält, die dann in sich wiederum nach Geschlecht, Alphabet und Geburtsort sortiert sind.

„Wenn dann auf der Namenskarte der jeweilige Wohnort fortlaufend angegeben wird, so genügt, wenn der Geburtsort der nachgefragten Person bekannt ist tatsächlich ein Griff, um festzustellen, wie deren gegenwärtige Adresse lautet."

Zur Ergänzung werden zusammenfassende Bände für Geburtsdatum usw. vorgeschlagen, falls eines der für die Ermittlung erforderlichen Daten nicht bekannt ist, um trotzdem einen schnellen Zugriff zu ermöglichen.

„Die grundlegenden Adressen könnten dadurch beschafft werden, daß das aus den Volkszählungen beim Statistischen Amt vorhandene Material geordnet wird, und außerdem könnte den Einwohnern Deutschlands zur Pflicht gemacht werden, daß jeder auf einem amtlichen Vordruck, der amtlich zu beziehen wäre und wertfrei (d.h. hier: portofrei) weggeschickt werden könnte, an seinem Geburtstag seine Adresse und die sonstigen gewünschten Angaben einsendet."

Dieser Vorschlag stammt von Erwin Cuntz, Rechtsanwalt aus Freiburg, aus dem Jahre 1934. Es handelt sich hierbei im Grunde genommen um eine handbetriebene nationale Datenbank-Speicherung. Natürlich ist das benötigte räumliche Ausmaß einer solchen Einrichtung etwas größer als bei der heute möglichen elektronischen Speicherung.

Beim Suchverfahren ist von Belang, daß jeder Deutsche eine fest Nummer als Index bekommt, wodurch ihm innerhalb des Datenspeichers lebenslänglich ein fester Platz zugeordnet bleibt. Je nachdem, welche Daten von einer Person bekannt sind, können verschiedene Verzeichnisse abgesucht werden, die alle so aufgebaut sind, daß sie nicht geändert werden müssen.

Angesichts der benötigten räumlichen Größe war zur Nazizeit dieser Traum noch nicht bis zu einer wirksamen Kontrolle hin zu verwirklichen, und so war man damals im wesentlichen noch auf ein dezentralisiertes Meldewesen angewiesen. Der Datenverbund war damals nur per Brief und handgeschriebenes Karteikarten-Doppelstück möglich.

Mit Einführung der Reichsmeldeordnung vom 6.1.1938 sollten die Deutschen an die polizeilichen Kontrollabläufe des An- und Abmeldeverfahrens gewöhnt werden, die bis dahin nur in einigen Ländern oder Orten der Weimarer Republik und des Dritten Reiches üblich waren. Schon in der Weimarer Republik waren gewisse Vorstellungen im Rahmen paß- und fremdenpolizeilicher Fragestellungen bei der Konferenz der Länder-Innenminister 1928 beraten worden. Ein Musterentwurf dieser Konferenz wurde am 22.4.1933 in Preußen als Polizeiverordnung über das Meldewesen in Kraft gesetzt. Aber erst 1938 bestand eine reichseinheitliche Grundlage für ein Meldegesetz, das „zum Schutz der Volksgenossen vor Rechtsbrechern beitragen und der Sicherheitspolizei ihren Kampf gegen Rechtsbreche. erleichtern" sollte.

Völker der Welt, Antifaschisten, Demokraten wir wenden uns an euch:

Verhindern wir die Hinrichtungen in der Türkei

In der heutigen Türkei, in der die Presse und die Medien die Propaganda des „Übergangs zur Demokratie" verbreiten, gibt es:

- 6143 politische Gefangene, für die die Todesstrafe beantragt ist
- 453 zu Tode verurteilte Gefangene, deren Todesurteile vor einem höheren Gericht zur endgültigen Entscheidung stehen;
- 30 Menschen, deren Todesurteile von einem höheren Gericht bestätigt wurden und auf die Zustimmung des Parlaments warten;
- seit dem 12. September wurden bisher 49 Menschen hingerichtet.

In unserem Land sind über 100000 fortschrittliche, antifaschistische und revolutionäre Gefangene gezwungen, in den Gefängnissen unter den unmenschlichsten Umständen zu leben. Sie werden systematisch jeden Tag auf bestialische Weise gefoltert. Außer dieser Tatsache verdeutlicht auch die oben aufgereihte Aufstellung, in welchem Umfang die faschistischen Generäle ihre Grausamkeiten an unserem Volk verüben.

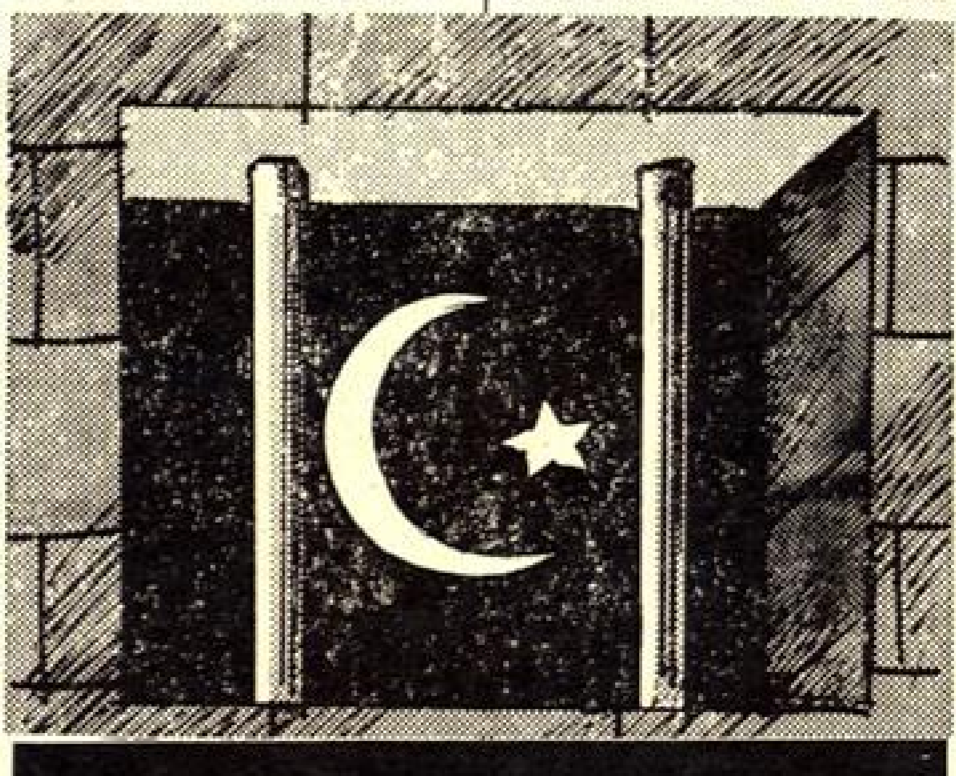
Heute werden die von Todesstrafe bedrohten und von den Gerichten bereits zum Tode verurteilten Häftlinge von den faschistischen Generälen als Geiseln gefangen gehalten. Sie dienen den Generälen als Mittel, um das Volk einschüchtern zu können. Immer wenn innerhalb des Volkes sich eine Opposition, eine Unzufriedenheit oder eine Bewegung gegen die faschistischen Generäle bildet, werden ein oder mehrere auf ihr Urteil wartende Antifaschisten und Revolutionäre hingerichtet.

Die Todesurteile werden von Militärgerichten ohne jegliche Beachtung der einfachsten juristischen Prinzipien verhängt. Es werden weder die Beweise überprüft noch die Zeugen angehört. Ferner wird vielen Antifaschisten, für die Todesstrafe beantragt ist, die Möglichkeit der Verteidigung durch simple Vorwände, wie z. B. „Verletzung der Gefängnisvorschriften", entzogen. So ist es nunmehr kein Einzelfall, daß Todesurteile über die Gefangenen verhängt werden, die nicht einmal vor dem Gericht erschienen sind.

Die faschistischen Generäle sind sehr bemüht, die zu Tode verurteilten und die schon hingerichteten Menschen als die eigentlichen Verantwortlichen für die Massenmorde und Massaker in unserem Land die sich vor 1980 ereigneten, zu deklarieren. Daß in der Türkei vor 1980 das Volk massakriert wurde, daß jedes Jahr durchschnittlich 300 Menschen ermordet wurden, ist gewiß eine unstreitbare Tatsache. Doch Tatsache ist auch, daß wiederum die Revolutionäre, Antifaschisten, Demokraten und das werktätige Volk es waren, die bei diesen Massakern ihr Leben verloren haben. Die Mörder aber waren vor allem zivile faschistische Banden, die von den Militärs und der großen Bourgeoisie unterhalten und organisiert wurden. Während der Jahre 1978/79/80 haben die zivilen Faschisten, abgesehen von den Ermordungen von einzelnen Werktätigen, mit Hilfe der Militärs in vielen Städten Massenmorde und Massaker durchgeführt, wie z. B. in Kahramanmaras, Malatya, Corum.

Einige Mitwirkende dieser Massaker wurden nach dem Putsch am 12. September scheinheilig verhaftet, um so die angebliche Unparteilichkeit der Generäle vorführen zu können.

Doch wie erwartet wurden später alle für „nicht schuldig" befunden und freigelassen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein tollwütiger ziviler Faschist Namens Ibrahim Ciftci, der den fortschrittlich gesonnenen Staatsanwalt Dogan Öz und neun Studenten in einem Haus ermordet hatte, wurde zuerst zu Todes verurteilt. Da für die Verurteilung schwer belastende Beweise und Zeugenaussagen vorhanden waren, wurde das Todesurteil auch vom militärischen Kassationshof bestätigt. Doch dieses Urteil wurde auf



Tatsachen aus der Türkei

Zwei Beiträge zur aktuellen Lage in der Türkei. Der Aufruf der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP) fordert internationale Solidarität gegen eine neue Hinrichtungswelle, die die faschistischen Generäle vorbereiten.

Das wahre Gesicht des türkischen Regimes zeigt sich auch an seiner Politik gegenüber dem kurdischen Volk. Der zweite Artikel auf dieser Seite befaßt sich mit diesem Problem. Während einer Protestkundgebung am türkischen Konsulat am 27.10. hielt ein Vertreter der KPD eine Rede, die in Zusammenarbeit mit der Organisation DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine) entstanden ist. Wir drucken sie in Auszügen ab. Die zunehmende Verfolgung und Unterdrückung des kurdischen Volkes durch die faschistischen Militärs, auch über das Gebiet der Türkei hinaus, bekommt immer mehr Züge eines organisierten, geplanten Völkermords.

Eingreifen der Generäle eingefroren und dem Obersten Rat des militärischen Kassationshofes zur Überprüfung vorgelegt, was völlig die Verletzung der bestehenden Gesetze bedeutet. Der zivile Faschist Ibrahim Ciftci wurde freigelassen.

Auf der einen Seite werden Todesurteile, ohne die Betroffenen vor Gericht zu stellen und ihnen das Recht auf Verteidigung zu gewähren, verhängt; auf der anderen Seite wird aber ein ziviler Faschist, der Mörder von zehn Menschen ist, einfach freigelassen. Das ist die wahre „Unparteilichkeit" und „Gerechtigkeit", die die Generäle in unserem Land praktizieren.

Daß die Todesurteile nicht von den sogenannten unabhängigen Gerichten ausgesprochen werden, sondern in Wirklichkeit von den faschistischen Generälen selber festgelegt und bestimmt werden, wird wieder einmal durch eine Rede des faschistischen Staatspräsidenten Kenan Evren, die er im Oktober vor dem Volk hielt, verdeutlicht: „Wir werden doch diese Terroristen nicht in den Gefängnissen ernähren; natürlich werden wir sie alle hinrichten."

Die gestrigen zivilen faschistischen Banden sind heute als „Helfer der Streitkräfte" bei Banken und Monopolen als zivile Leibwachen wieder eingesetzt.

Kurzum; während die Verantwortlichen für die Morde vor 1980 gekrönt werden, werden Tausende von Menschen, deren Schuld die Forderungen nach Unabhängigkeit, nach Demokratie und nach Beendigung der Ausbeutung sind, unter der Drohung mit der Todesstrafe gefangen gehalten.

Die faschistischen Generäle, die unschuldige Menschen hinrichten, treffen zur Zeit Vorbereitungen für die Gründung von ähnlichen „Todesschwadronen" wie in den lateinamerikanischen Ländern. Als ob eine 500000 Mann starke Armee und 100000 zählende Polizeiorganisation nicht ausreichen würden, das werktätige Volk zu unterdrücken, werden nun unter dem Namen „Kampf gegen den Terrorismus" Vorbereitungen angestellt, um die zivilen Faschisten wieder bewaffnen zu können, und Gesetze für die Gründung von „Todesschwadronen" verfaßt.

Antifaschisten, fortschrittliche Menschen!

Trotz vieler Phrasen besteht in unserem Land nicht einmal ein kleines Teilchen Demokratie. Das bestehende Parlament ist nur eine Marionette der Generäle.

Die Unterdrückung des Vokes und die Hinrichtung von unschuldigen Menschen ist wieder auf der Tagesordnung. Im Oktober haben die faschistischen Generäle wieder einen Menschen, den sie in ihren blutigen Kerkern gefangen hielten, hingerichtet und viele Antifaschisten und Demokraten stehen noch auf der Liste der Generäle.

Wir glauben fest daran, daß es in dieser Situation für jeden Menschen, der gegen den Faschismus ist, vieles zu tun gibt. Wir rufen euch auf, für die Verhinderung der Hinrichtungen in unserem Land einzutreten. Wir rufen euch auf, durch Protestbriefe, durch Druck auf die Regierungen, die die Generäle unterstützen, euren Beitrag zur Verhinderung von Hinrichtungen zu leisten.

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN DIKTATUR!

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)

Schickt bitte eure Protestbriefe an: Kenan Evren, Staatspräsidetn, Cankaya — Ankara, Türkei

Terror gegen das kurdische Volk

Die faschistische Junta geht zur Zeit mit starker Repression und Massaker gegen das kurdische Volk im Osten der Türkei vor. Seit zwei Monaten eskaliert der nicht erklärte Kreig der faschistischen Junta gegen die kurdische Bevölkerung in Türkei-Kurdistan. Anlaß für die beispiellose Repression und die Massaker der faschistischen Militärs gegen das kurdische Volk war eine Aktion am 15. August in Eruh und Semdinli, bei der drei Soldaten einer Gendarmeriestation getötet wurden. Unter dem Vorwand „separatistische Kräfte zu bekämpfen", führen die Generäle Repression gegen das kurdische Volk durch, die sich durch nichts von den blutigen Massakern im Jahre 1925 und 1938 unterscheiden. Tausende von armen kurdischen Bauern, samt Kindern und Frauen, sogar älteren, siebzigjährige Menschen wurden von den faschistischen Militärs verhaftet, erschossen und gefoltert. Nach amtlichen Angaben wurden 1415 Menschen verhaftet; ohne Zweifel liegt die tatsächliche Zahl viel höher.

Ganze Dörfer, die von kurdischen Bauern bewohnt werden, wurden von der faschistischen Armee bombardiert. So wurden am 20. September drei Dörfer in der Provinz Hakkari dem Erdboden gleichgemacht. Viele Dörfer wurden von den Militärs besetzt. Die Bevölkerung der besetzten Dörfer werden willkürlich geschlagen und gefoltert. Die Militärs haben ungefähr 10 von der kurdischen Bevölkerung bewohnte Dörfer geräumt und die Dorfbewohner gewaltsam in andere Provinzen deportiert. Nach den offiziellen Erklärungen sollen im Rahmen der sich „Befriedigungsaktionen" nennenden Militäroperationen, so bezeichnen die faschistischen Generäle die jetzigen Repressionen gegen das kurdische Volk, noch weitere 50 Dörfer geräumt werden.

Um die Weltöffentlichkeit beschwichtigen zu können, erklärt die faschistische Junta fortlaufend, daß sich die derzeitigen Militäroperationen nur gegen die sogenannten separatistischen Kräfte und Terroristen wende. Die Militärs betreiben die Propaganda, daß durch die Militäroperationen die Bevölkerung im Osten des Landes vor den Terroristen geschützt wird. Doch dies alles ist eine schamlose Demagogie der faschistischen Junta. Die Militäroperationen in Türkei Kurdistan, die auf Befehl der Generäle für ausländische Beobachter und Reporter gesperrt wurden, zielen nicht nur auf „eine handvoll Terroristen" ab, wie der faschistische Staatspräsident Kenan Evren bei den Reden auf seinen Rundreisen immer wieder ausdrückt. Nein, diese Militäroperationen richten sich vor allem gegen das kurdische Volk. Das wird auch an den Aufwendungen und dem Umfang der Militäroperationen deutlich: So ist zur Zeit zwei Drittel der 570000 Mann starken Armee in Türkei-Kurdistan konzentriert.

Die dritte und vierte Armee der türkischen Landstreitkräfte sind in der Ost Türkei. Außerdem wurden 4000 Fallschirmjäger zusätzlich in diese Gebiete verlegt. Abgesehen von den neu eingerichteten Gefangenenlagern wurde in Hakkari, einer Provinz in Türkei-Kurdistan, seit Herbst 1983 einer der modernsten Hubschrauberflugplätze angelegt. Wir fragen: Wofür sind all diese zahlreichen militärischen Einheiten und Streitkräfte in Türkei-Kurdistan? Nur dies allein schon verdeutlicht doch, daß die faschistische Junta nicht nur hinter wie sie sagen, einer handvoll Terroristen her ist, sondern daß durch die in den kurdischen Gebieten großangelegten Militärrazzien das kurdische Volk terrorisiert, unterdrückt, gefoltert und getötet wird.

Kolleginnen und Kollegen!

Während die faschistische Militärjunta auf der einen Seite in den völlig verarmten und unterentwickelten Provinzen des Südostens der Türkei das kurdische Volk massakriert, ergreift sie auf der anderen Seite die jüngsten Aktionen in Türkei-Kurdistan als eine Gelegenheit, um ihre Angriffe gegen das ganze Volk der Türkei forcieren zu können. Die faschistischen Generäle, die unser Volk unterdrücken und es mit Waffengewalt der Ausbeutung der westlichen Imperialisten aussetzen, verbreiten wieder intensive Demagogien über die „wachsende Anarchie" und „über die eiserne Einheit und Unabhängigkeit des türkischen Staates". Die Generäle, die chauvinistische und rassistische Propaganda betreiben und dadurch das Volk der Türkei aufeinanderzuhetzen versuchen, haben während ihrer vierjährigen blutigen Herrschaft, die schon sowieso begrenzt bestehenden demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes vernichtet. Doch heute erlebt die Türkei wieder das Erwachen und den Widerstand der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen. Von Tag zu Tag erhöht sich die Empörung des Volkes gegen die faschistische Diktatur der Generäle.

Um eben diese wachsende Empörung und Unzufriedenheit innerhalb des Volkes irrezuführen und niederschlagen zu können, führen die Generäle wieder verstärkt Demagogien über „die Anarchie" und „Einheit des Vaterlandes" und ähnliche an. Der Faschist Evren gibt dies selber zu; während seiner Rundreise durch den Osten der Türkei offenbarte er immer wieder, daß „man den Kopf der Schlange schon dann zertreten muß, wenn er noch klein ist". Die faschistische Junta ließ auch Vorbereitungen anstellen, die die Gründung von Todesschwadronen, ähnlich wie in den lateinamerikanischen Ländern, vorsieht, um diese dann vor allem in der Ost-Türkei einzusetzen. Die Militärs wollen die sogenannten vertrauenswürdigen Zivilpersonen bewaffnen. Doch diese sogenannten Zivilpersonen sind diejenigen zivilen faschistischen Banden, die vor dem Putsch der Generäle, mit Hilfe der Militärs nicht nur zahlreiche einzelne Antifaschisten und Demokraten ermordeten, sondern auch blutige Massaker verübten; man erinnere sich hier nur an die Massaker in Corum, Kahramanmaras und Malatya. Diese sogenannten zivilen Personen sollen dann praktisch den Terror der Generäle vor allem während den Phasen kontinuierlich weiterführen, wo keine großangelegten Militäroperationen stattfinden. (...)

Angesichts der Tatsache, daß die militärischen und finanziellen Hilfen der westlichen Imperialisten, insbesondere der BRD, unter anderem auch für die Massakrierung und Terrorisierung des kurdischen Volkes in der Ost-Türkei dienen, dürfen wir diesem Blutbad nicht ohne Protest zuschauen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die faschistische Militärjunta das kurdische Volk massakriert.

Wir dürfen nicht einfach zusehen, wie die Generäle mehrere kurdische Dörfer von der Außenwelt abschneiden, ihren Winterproviant ausplündern und sie dadurch bewußt dem Hunger aussetzen.

Es darf nicht zugelassen werden, daß ein ganzes Volk, samt Kindern und Frauen, durch den faschistischen militärischen Terror der Generäle national unterdrückt wird, weil es seine eigene Sprache sprechen will, weil es seine eigene Kultur behalten will, weil es seine eigenen nationalen Freiheiten haben will.

Aus diesem Grund fordern wir als Antifaschisten und Revolutionäre aus der Türkei die Beendigung der blutigen Militäroperationen der faschistischen Junta gegen das kurdische Volk!

- ***Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes über ihr eigenes Schicksal!***
- ***Freiheit für das kurdische Volk!***
- ***Raus mit der türkischen Armee aus dem Irak!***
- ***Stopp mit den Hinrichtungen!*** • ***Stopp mit den militärischen und finanziellen Hilfen an die Junta!***
- ***Nieder mit der faschistischen Diktatur!***
- ***Hoch die internationale Solidarität!***

Meldungen

Israelischer Anschlag auf arabischen Bus

Ein Todesopfer und elf Verletzte hat ein Anschlag auf einen arabischen Bus in Hebron gefordert. Rechtsradikale, terroristische Gruppen von Israelis haben sich zu dem Anschlag bekannt und folgende Forderungen an die israelische Regierung gestellt:

- Todesstrafe für palästinensische Freischärler;
- Freilassung der 25 verhafteten Mitglieder der jüdischen Terrororganisationen.
- Hinrichtung des Täters von Bethlehem (es geht um einen geistesgestörten Bewohner eines Flüchtlingslagers, der ein israelisches Studentenehepaar ermordet hatte, Red.)

Sollte die Regierung diese Forderungen nicht erfüllen, drohte die Gruppe weitere Anschläge an. Diese Aktion ist das spektakulärste „Auftreten“ der zionistischen Terrororganisationen nach einer Verhaftungswelle der Likud-Regierung, die wohl nur eine wahltaktische Bedeutung hatte. Bis heute hat kein Regierungsmitglied den Anschlag auf den Bus verurteilt. Der Polizeiminister mußte zugeben, daß die Waffen, die beim Anschlag gebraucht wurden, aus israelischen Militärbeständen stammen. Der Anschlag zeigt die weiterhin bestehende Terrorszene in Israel. Mit öffentlicher Unterstützung, den Rabbi Meir Kahane sprach vom „Werk tapferer jüdischer Männer“, verschärft man die Lage in den besetzten Gebieten Tag für Tag. Die Siedlerbewegung, die nichts anderes will, als die letzten Palästinenser auch noch aus den Gebieten der Westbank zu vertreiben, ist nur eine Variante des Landraubs, das Werk terroristischer Gruppen „ergänzt“ die Pläne des Zionismus von einem neuen „Groß-Israel“. Die palästinensischen Bewohner der Westbank aber nehmen den zunehmenden Terror nicht einfach hin. Nach dem Busattentat bombardierten Studenten der Bethlehemer Universität jedes vorbeifahrende israelische Auto mit Steinen. Das Militär mußte anrücken, trieb die Studenten zurück und besetzte die Universität.

Generalstreik in Südafrika

Ein 40stündiger Generalstreik in Südafrika ist zu Wochenbeginn von großen Teilen der Bevölkerung durchgeführt worden. Der Streik soll die Forderungen nach bedingungsloser Freilassung aller politischen Häftlinge, dem Abzug von Polizei und Armee aus den schwarzen Wohnvierteln, dem Einfrieren der Mieten und der Aufhebung ungerechter Steuern unterstützen.

Der Streik ist von der „Vereinigten Demokratischen Front“ (UDF) ausgerufen worden, der rund 700 Anti-Apartheidsorganisationen, Gewerkschaften, Frauen- und Studentenverbände angehören.

Im Verlauf des Streiks kam es auch zu Straßenkämpfen, als versucht wurde, Straßen sperren zu errichten. Eine Bank wurde mit Molotowcocktails beworfen.

Generalstreik in Chile

Ein Schlag gegen Pinochet

Elf Jahre nach dem Putsch in Chile fand Ende Oktober der erste Generalstreik statt. Nach einem nationalen Protesttag führten machtvolle Aktionen im ganzen Land zu einer erneuten Krise der Diktatur. Pinochets gesamte Regierung ist zurückgetreten — die Machthaber sind ratlos — außer verstärktem Terror, noch mehr Gewalt und Unterdrückung haben sie keinerlei Mittel mehr, ihre Herrschaft zu sichern.

Der Generalstreik war lange diskutiert worden. Während die linken Parteien und Organisationen, die Gewerkschaften voll dafür waren, gab es einflußreiche Organisationen der Opposition gegen Pinochet, die dagegen waren. Vor allem die Demokratische Allianz (AD) zögerte, die Aktion, die von der CNT, dem Nationalen Kommando der Arbeiter vorgeschlagen war, zu unterstützen. Trotzdem lief in der vergangenen Woche nur noch wenig im Land. Ein christdemokratischer Gewerkschafter beschrieb den Streik so: „Fast die gesamte Kleinindustrie, weite Teile der Holz-, Textil- und Metallindustrie, 60 Prozent der Hafenarbeiter Valparaisos, Teile der kleinen und mittleren Minen und rund 50 Prozent der großen Industrie beteiligten sich am Streik. Das ist mehr als zu hoffen war, auch wenn wichtige Teile der Arbeiterklasse, z. B. Kupfer- und Erdölarbeiter noch nicht teilnahmen.“

Pinochets Regime hat zunächst mit einem Zuckerbrot gewunken, dem Versprechen einer 20prozentigen Lohnerhöhung, war dann aber schnell wieder mit der Peitsche zur Hand. „Es gibt keinen Dialog mit niemandem, der nicht die Verfassung von 1980 (die Pinochets Diktatur absichert, Red.) akzeptiert“, wurde verkündet. Und Polizei sowie Armee hatten Großeinsätze. Bei hunderten Einsätzen gab es mindestens sieben Tote, die Zahl der Verletzten ist nicht genau bekannt. Festgenommene wurden in KZ-ähnliche Lager verbannt, die Repression ist die einzige Antwort des Regimes auf den wachsenden Widerstand.

Der jetzt bekanntgewordene Rücktritt der gesamten Regierung des Diktators ist eine Bankrotterklärung des Regimes. Die Minister, die den Weg frei machen für eine neue Gruppe von Pinochethörigen Leuten, sind der Beweis dafür, daß die Diktatur mit dem Rücken zur Wand steht. Eine neue Regierung kann nichts anderes tun, als die bisherige. Es wird aber keine Ruhe in Chile geben, bis Pinochet weg ist. Der Generalstreik war ein Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel.

Nach dem Attentat auf Indira Gandhi

Unruhen in Indien

Indira Gandhi hat die Quittung für ihre Politik gegenüber den Sikhs bekommen. Wenige Monate nach dem von ihr befehligten Sturm auf das Heiligtum der Sikhs, dem Tempel von Amritsar erschossen sie Angehörige dieser Religion. Die Ministerpräsidentin Indiens hatte für die Forderungen der aufrührerischen Sikhs nach mehr Autonomie und Privilegien nur die Antwort der Gewehre gefunden. Im Juni dieses Jahres schickte sie 15000 Soldaten in den Pandschab, dem Zentrum der Sikhs, 5000 Mann stürmten den Tempel von Amritsar mit Panzern und Geschützen. Nach 36 Stunden Kampf, bei dem mindestens 1200 Menschen starben, darunter Frauen und Kinder, war für die Zentralregierung das Problem erledigt.

Man kann über die Forderungen und die Kampfformen der Sikhs geteilter Meinung sein, Tatsache bleibt, daß mit Indira Gandhi keine Politikerin von der Bühne abtrat, um die groß zu trauern wäre. Die Tochter des ersten indischen Ministerpräsidenten Nehru hat während ihrer langen Herrschaft nicht nur keines der großen Probleme des Landes lösen können, im Gegenteil, in ihrer Amtszeit sind Cliquenwirtschaft und Korruption, Massenelend und Gegensätze zwischen Volksgruppen und Religionen immer größer geworden.

Die regierende Kongreßpartei — nicht nur die Amtsübernahme des Indira-Sohnes zeigt dies — ist keine demokratische Kraft, sondern ein Postenverschiebungsverein. Der gesamte Staatsapparat ist verkommen und korrupt, aufgebläht und unfähig, die anstehenden Probleme anzupacken. War es bisher die Machtfülle und die Stärke der Ministerpräsidentin, die die Konflikte und Gegensätze im Land auszunutzen verstand, so zeigt die Politik des Schürens religiöser und politischer Gegensätze gerade in Massakern an den Sikhs ihre logische Folge. Der neue Ministerpräsident wird es mit dem Erbe seiner Mutter schwer haben. Die 22 Bundesstaaten der Indischen Union streben auseinander. Denn es gibt mehr Gegensätze im Land als die zwischen Hindu-Mehrheit und der Sikh-Minderheit. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Kasten, von den niederen, den „Unberührbaren“ bis hin zu den in unvorstellbarem Reichtum und Luxus Lebenden birgt den größten Zündstoff. Selbst die Fortsetzung der Politik Indira Gandhis, die immer mehr Militär an sozialen Brennpunkten im Land stationierte, kann die Lunte nicht löschen, die durch jahrzehntelange Politik gegen die Armen angezündet ist.

Bei der Betrachtung der Politik Indira Gandhis, deren Erfolge die jetzige Lage auf dem Subkontinent ist, ist es einfach unerklärlich, wie man aus der Tatsache heraus, daß die indische Ministerpräsidenten in gewisser Opposition zu den USA stand, sie als Bild zimmern kann, daß sie als große Vorkämpferin der Blockfreiheit, des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit zeigt. Daß tun die Medien, die mit der Sowjetunion sympathisieren. Von der Agentur TASS bis hin zur „UZ“, der Zeitung der DKP, ist große Trauer angesagt. Offensichtlich wird da nach der Devise geschrieben, wer ein Freund der Sowjetunion ist, der kann im Lande tun und lassen was er will, Denn wie anders kann man sich sonst ein solches Zitat erklären: *„Mit hohem Einsatz widmete sich die Ministerpräsidentin den schwierigen Entwicklungsaufgaben Indiens. Unterstützt von allen patriotischen Kräften trat Indira Gandhi unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit für die Festigung der nationalen Einheit Indiens ein.“* (UZ, Samstag, 3. November 84)

Wir trauern nicht.

Polen

Jaruzelski in der Klemme

Große Empörung hat in Polen die Ermordung des oppositionellen Priesters Jerzy Popieluszko hervorgerufen. Der von Mitgliedern des Geheimdienstes entführte, gefolterte und dann ermordete Priester ist am vergangenen Wochenende unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt worden. Hunderttausende waren in den vergangenen Tagen auf den Straßen. In Massenversammlungen warteten sie auf Nachricht über den Verschleppten, zu zigtausenden kamen sie zu seiner Beisetzung.

Dieser Anschlag auf die Opposition in Polen hat General Jaruzelski in die Klemme geraten lassen. Weil es unstrittig war, daß die Entführer aus den Reihen der Geheimpolizei stammen, muß er versprechen, hier rückhaltlos aufzuklären. Andererseits gefährdet eine solche Aufklärung natürlich seine eigene Position.

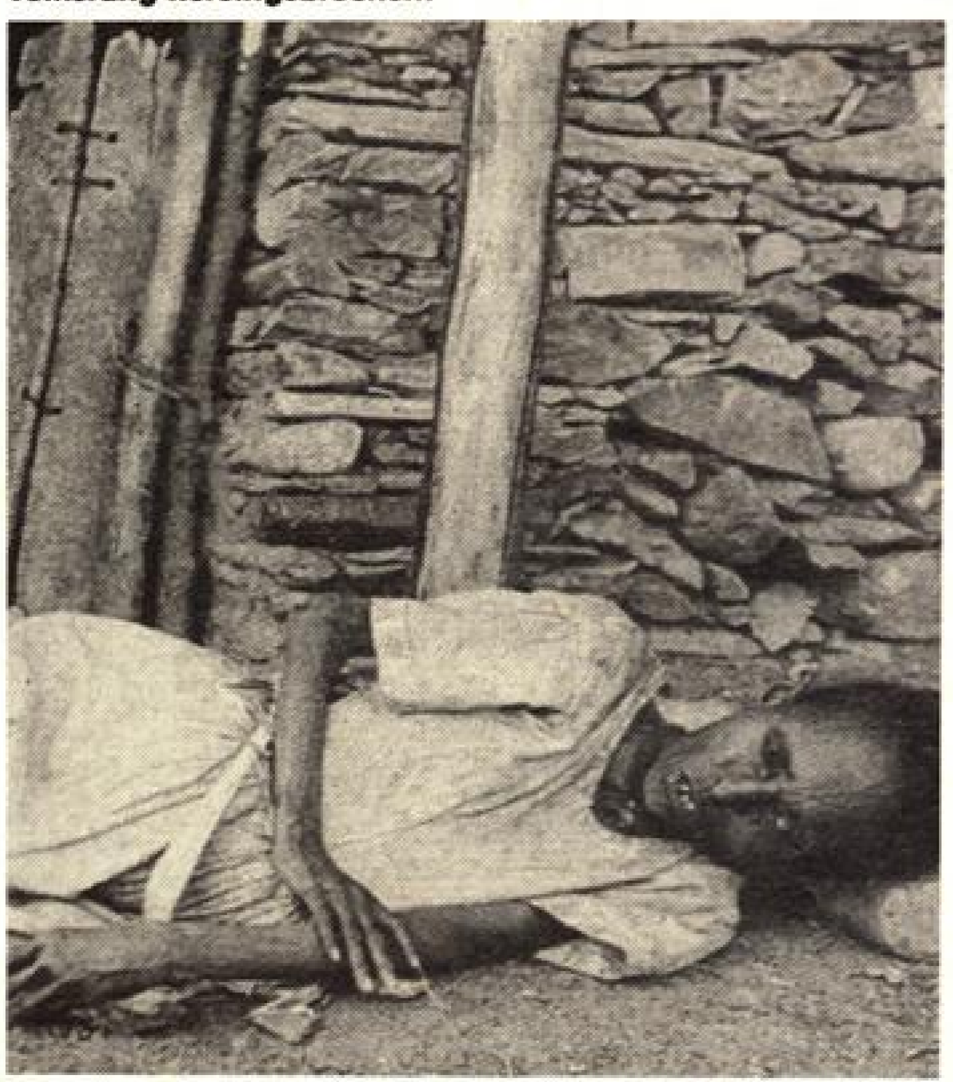
Die „offiziellen“ Vertreter der Opposition in Polen, die Kirche mit Kardinal Glemp und Lech Walesa haben sich bemüht, die Empörung der Menschen zu bremsen, haben abgewiegelt, zu „Ruhe und Besonnenheit“ aufgerufen. Die massenhafte Teilnahme an den Protestkundgebungen und Trauerfeierlichkeiten sowie die Gründung vieler neuer oppositioneller Gruppen und Organisationen machen aber deutlich, daß das polnische Volk über diesen feigen Mord nicht zur Tagesordnung übergehen wird.



Aktivisten von „Solidarność“ aus Warschauer Stahlwerken tragen den Sarg des ermordeten oppositionellen Priesters

Hungerkatastrophe in Äthiopien

Vor wenigen Wochen machte Äthiopien zuletzt Schlagzeilen. Das Regime von Mengistu Haile Mariam feierte „10 Jahre Revolution“. 10 Jahre nach dem Sturz des Kaisers Haile Selassie veranstaltete man in Addis Abbeba eine Riesenfeier. Bei der pompösen Feier lobten Freunde der Mengistu-Regierung, wie etwa Erich Honecker die Erfolge des Landes, priesen seinen konsequenten Weg. Jetzt gibt es neue Nachrichten aus Äthiopien: eine unvorstellbare Hungerkatastrophe ist über die Bevölkerung hereingebrochen.



Im Fernsehen, in den Illustrierten kann man die Bilder sehen: bis aufs Skelett abgemagerte Menschen, Kinder vor allem, die nur noch wenige Tage überleben können. Der Hilferuf, der aus dem Land kommt, hat einerseits zu großen internationalem Echo geführt. Von humanitären Organisationen bis hin zu den verschiedensten Staaten sind Hilfsprogramme zugesagt worden. Erstaunlicherweise hält sich dabei die Sowjetunion gegenüber ihrem Verbündeten ziemlich zurück, während die USA ihre Hungerhilfe nicht nur auch noch groß propagandistisch ausschlachten.

Die Probleme der Menschen sind mit dem Zusagen der Hilfen noch lange nicht gelöst. Denn es ist nicht nur ein technisches und organisatorisches Problem, die Hilfsgüter schnell und gerecht zu verteilen, es gibt auch konkrete politische Barrieren, die von der Regierung in Addis Abbeba aufgebaut wurden. Sie versucht ganz eindeutig, die weitgehend von Rebellen kontrollierten Provinzen Eritrea und Tigre vorsätzlich auszuhungern. Die Befreiungsbewegungen EPLF und ELF in Eritrea und die Volksbefreiungsfront des Tigre (TPLF) stehen schon jahrelang im bewaffneten Kampf mit dem Mengistu-Regime. Dieses Regime hat gerade jetzt ein Waffenstillstandsangebot der eritreischen Rebellen abgelehnt, das die Provinz den internationalen Hilfssendungen öffnen sollte.

Die Ablehnung dieses Angebotes zeigt, wie das Mengistu-Regime mit der Hungerkatastrophe Politik macht, eine Politik der Unterdrückung und des Völkermords.

In Tigre unterhält die Befreiungsbewegung TPLF neben ihrer kämpfenden Einheit sogar eine eigene Hilfsorganisation (Relieve Society of Tigray), die sich um Flüchtlinge und Opfer von Hungerkatastrophen kümmert. Sie mit der Armee von den internationalen Hilfssendungen abzuschneiden, ist ein schreckliches Verbrechen der Herrschenden in Addis Abbeba.

Die Unterentwicklung, die langandauernde Dürre und natürlich der Krieg im Land, diese Plagen haben zu der verheerenden Hungerkatastrophe geführt. Alle internationale Hilfe kann immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Die Veränderungen im Lande selber, die notwenig wären, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern — das haben die vergangenen zehn Jahre bewiesen — können vom Mengistu-Regime nicht erwartet werden. Im Gegenteil, die Politik gegenüber den so stark von der Hungersnot betroffenen Provinzen Tigre und Eritrea machen deutlich, daß Mengistu und sein Regime Mitschuld am zehntausendfachen Tod in Äthiopien trägt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Kommentare zur Bundesrepuflick Deutschland



Frage an Radio Eriwan: „Ist Flick Bundeskanzler?" Antwort: „Im Prinzip ja, nur Helmut Kohl vertritt ihn in Bonn!"

***

Die neue Eidesformel müßte lauten: „Ich schwöre es, so wahr mir Flick helfe".

***

Wir haben da ein Problem: Mein Sohn möchte von mir wissen, was das augenblickliche Regierungsbündnis von einer kriminellen Vereinigung unterscheidet. Können Sie uns helfen? Danke.

***

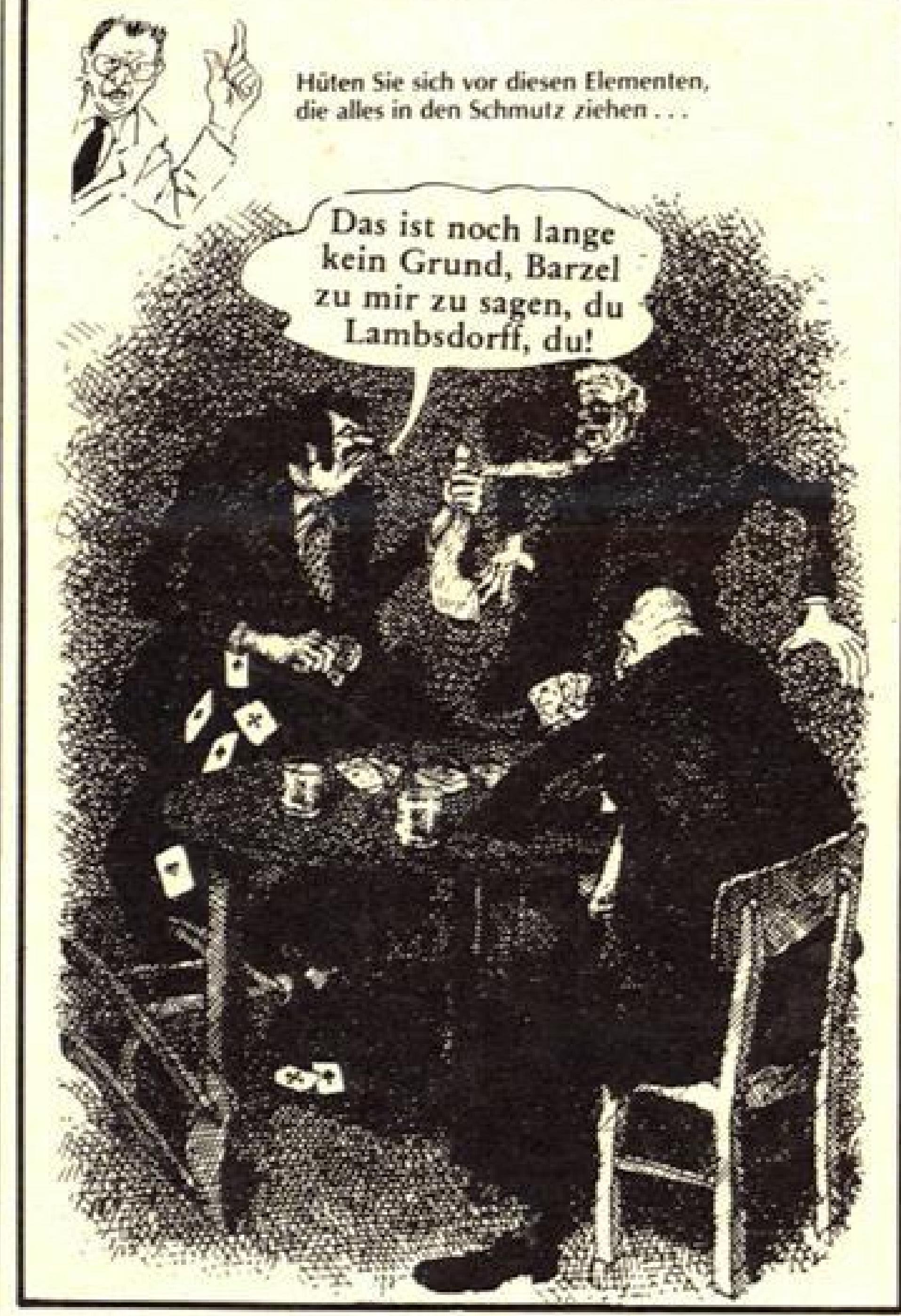
Am Anfang „lambsdorffte" es, danach „wörnerte" es, zwischendurch „schwarzschillingte" es, dann wieder „möllemannte" es, nun „barzelt" es auch noch. Es wird wohl nicht lange dauern, bis es — „kohlt".

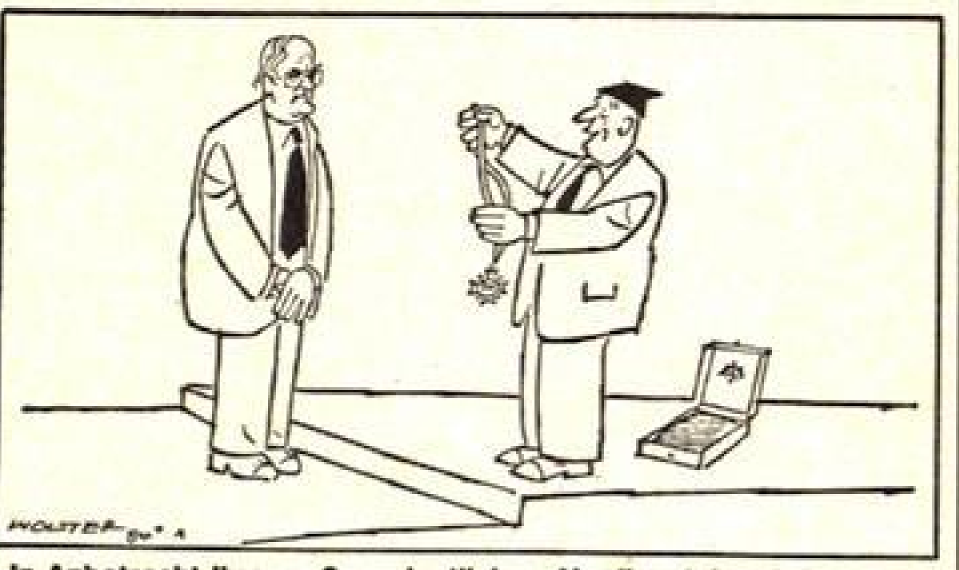
***

So mancher Gesalbter war früher ein Geschmierter! (Altes Sprichwort).

***

(Alles aus Leserbriefen an den „Spiegel".)





„In Anbetracht Ihrer außerordentlichen ‚Verdienste' verleihe ich Ihnen im Namen aller Steuerzahler hiermit das Große Nebenverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland!"

Großen Ärger bekam ein Demonstrant am 20. Oktober während der Friedensveranstaltung. Wegen seines Transparents wurde er samt seinem Sohn von der Bahnpolizei festgehalten, das Transparent beschlagnahmte man, auch die hinzugezogenen Beamten des K 14 fanden das rechtens — wegen des *„verbotenen Zurschaustellens nationalsozialistischer Symbole"*!!! Der I-Punkt bei Flick war ein kleines Hakenkreuz, gedacht als Erinnerung der Verbindungen des „Hauses Flick" zu den Nazis. Hier die Beschlagnahmebegründung im Wortlaut:

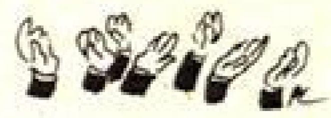
„Beschlagnahme. Am 20. 10. 84 um 10 Uhr wurde das von Herrn Paul von Bebber öffentlich gezeigte Plakat mit der Aufschrift: ‚Arschlöcher, die sich an Flick verkaufen, verbarzeln uns auch an Reagan' auf der Bahnpolizeiwache Bonn-Hbf. beschlagnahmt und dem 14. K, Kripo Bonn übergeben.

Das Plakat zeigt bei dem Namen Flick anstelle des I-Punktes ein Hakenkreuz.

Hopensach, DB-Hauptsekretär und Wachhabender





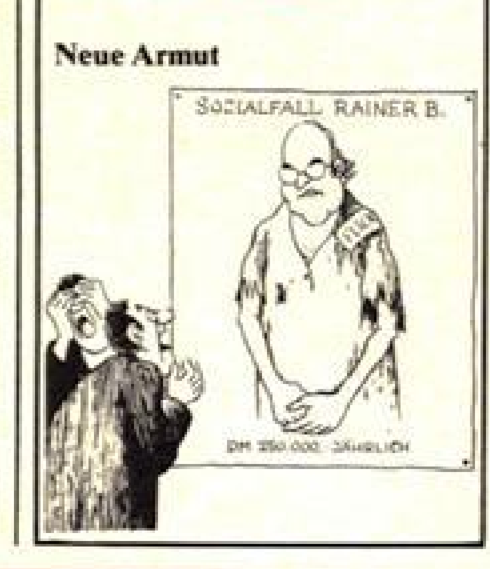


Die ge „flick" te Republik

Kein Witz:

Rainer Barzel, ehemaliger Bundestagspräsident, schreibt an einem neuen Buch. Das Projekt, bei der letzten Frankfurter Buchmesse mit dem Droemer-Knaur Verlag abgemacht, soll ihm ein sechsstelliges Honorar einbringen. Geplanter Titel: „Herausgefordert — Ein Beitrag zur Kultur der Politik".

Neue Armut



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin** 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.